

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 12. Februar 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 80 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Welzenstraße Nr. 12.

Inhalt: Lohn- und Streikbewegung der Metallarbeiter im II. Semester 1897. Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse. Arbeitslosigkeitsreformen und Gewerkschaften. Aus England. Aus Oesterreich. Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die vom 1. bis 31. Januar bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. Korrespondenzen. Vermischtes. Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugug ist fernzuhalten: von Formern nach Gera, Reuß j. L. (Maschinenbau-Vereinsgesellschaft), nach Eisenburg (Hefen & Sohn), nach Wittenberg, Bez. Halle (Anton Wegig, nach Wolfenbüttel (Brandes) M.; von der Fahrradbranche nach Schönebeck a. d. Elbe (Hoyer & Glahn) M.; von Schleifern nach Bielefeld (Sattelfabrik Sehmann); von Schlossern und Drehern nach Gera, Reuß j. L. (Brönne & Biele), nach Leipzig-Plagwitz (Demler), nach Neustadt a. d. Odt. (Kellereimaschinenfabrik von Viebrich), nach Pfortheim (Maschinenfabrik Heilmann); von der Fahrrad- und Nähmaschinenbranche nach Stettin (Bernh. Stöwer u. S.); von Mechanikern, Optikern, Brilleneinschleifern u. nach München (Nobdenstock); von Metallarbeitern aller Branchen nach Dresden (Herr. Nordwestgesellschaft vorm. Schlid [Schiffswerft]), nach Staßfurt (Sauerbrey) M.; nach Torgelow i. Pomn. St., nach Wald (Rheinland) und Todtnau i. Bad. (Fuchterberger & von Goldschlägern nach Schwabach (Philipp) D.; von Klempnern nach Gabeln bei Chemnitz (Niemann), nach Köln a. Rh. (Friedr. Müller & Co.) U.; von Schlossern nach Bamberg (Kunst- und Bauwerkstätten U. Bösch).

Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung.)

Die Lohn- und Streikbewegung der Metallarbeiter im 2. Semester 1897.

Die Verfolgungen der Arbeiter durch die Behörden und Unternehmer, wenn sie im Kampfe um bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse zum letzten Mittel, zum Streik greifen, haben sie auch im 2. Semester 1897 nicht einzuschüchtern und von der Förderung ihrer Bestrebungen abzuhalten vermocht. Andererseits haben auch die Unternehmer ebenso wenig wie früher aus eigener Initiative die Arbeitsverhältnisse verbessert und zwar für die organisierten Arbeiter so wenig wie für die unorganisierten, woraus überzeugend hervorgeht, daß die servilen Streber, welche beim Fabrikanten „lieb Kind“ zu sein sich besehigen und der gefährdeten Gewerkschaft fernbleiben, durchaus nicht weiter kommen, als ihre organisierten Kollegen, sondern im Gegenteil schlechter daran sind, als diese. Die organisierten, energischen Arbeiter werden eher besser behandelt, als die unorganisierten und sie erzielen nicht bloß die Abstellung von Mißständen, sondern auch positive Verbesserungen und verhindern endlich neue Verschlechterungen.

Die Lohn- und Streikbewegungen der Metallarbeiter im zweiten Halbjahre waren nicht so zahlreich, wie im ersten, es kamen aber immerhin deren 60 vor gegen 94, somit im ganzen Jahre 1897 154. Im zweiten Halbjahr 1896 waren es 69 und im ganzen Jahre 152, im Jahre 1895 aber nur 75. Die beiden Jahre 1896/97 waren also gleich lebhaftes Kampfsjahre, das letzte Jahr noch um 2 Fälle reicher als 1896.

Die Lohn- und Streikbewegungen im 2. Semester 1897 fanden in folgenden Orten statt: Torgelow, Nürnberg, Leipzig, Gera, Dresden, Berlin, München, Mannheim, Chemnitz, Tereu, Budapest, Wald (Rheinland), Wien, ... Zeulenroda, Düsseldorf, Halberstadt, Mühlhausen in Thür., Braunschweig, Stettin, Fürth, Witten i. W., Halle a. S., Spremberg, Göttingen, Wermelskirchen, Neunruppin, Dessau, Eisenach, Stuttgart, Pöschappel, Straßburg, Arbon, Köln, Krefeld, Schweinfurt, Suhl i. Th., Kopenhagen, Kall b. Köln, Hohenems (Vorarlberg), Pforzheim und Bielefeld; in mehreren dieser Orte gab es wiederholt Bewegungen, 6 derselben liegen im Auslande.

Von den 60 Fällen waren 23 Streiks, 9 Aussperrungen, 7 Lohnbewegungen, 2 Sperren und 19 Warnungen („Zugug fernhalten“). Auf die einzelnen Branchen vertheilen sich die 60 Fälle folgendermaßen: Metallarbeiter 25, Former 15, Klempner 8, Feilenhauer 5, Lustrearbeiter, Mechaniker, Schläger, Goldarbeiter, Gelbgießer und Glirler, Schmiede, Schlosser je 1. Je nach den verschiedenen Kampfesformen vertheilen sich die 60 Fälle auf die beteiligten Branchen folgendermaßen:

Table with 6 columns: Metallarbeiter, Former, Klempner, Feilenhauer, Lustrearbeiter, Schläger, Mechaniker, Goldarbeiter, Gelbgießer, Schmiede, Schlosser. Rows show counts for Streiks, Aussperrung, Lohnbewegungen, Zugug fernhalten, Sperre.

Die meisten, 41 von den 60 Fällen vertheilen sich auf Streiks und Warnungen; erstere sind nur um 5 mehr als letztere. Und 12 von den 23 Streiks entfallen auf die Metallarbeiter, 4 auf die Former und 3 auf die Klempner. Bei den Warnungen wird nach unserer Wahrnehmung häufiger wie früher bemerkt, um was es sich handelt, aber freilich noch nicht in allen Fällen. Auffallend ist die große Zahl der 9 Aussperrungen, welche Beweise sind für die eingetretene große Verschärfung der Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmer ihre wirtschaftliche Uebermacht geltend machen.

Was nun die Ursachen der bezeichneten Bewegungen betrifft, so handelte es sich in 16 Fällen um Lohnreduktionen, in 10 Fällen um Maßregelung, in 6 um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, in 7 um „Differenzen“, worüber nichts Näheres angegeben ist und die sich meistens in den Warnungen angezeigten vorfinden, in je 2 um Warnungen vor Arbeitergesuchen mit falschen Angaben und versteckten Absichten, sowie Maßregelung mit Aussperrung und wegen verweigerter Ueberzeitarbeit, in je einem Fall um Widerstand gegen versuchte Verlängerung der Arbeitszeit, schlechte Behandlung durch den Werkmeister, Ausbeutung der Arbeiter durch den Vorarbeiter, um verlangte Entlassung des Gießmeisters, um Ersatz der Taglohn- durch Akkordarbeit, um verlangte anständige Behandlung, um Zerstörung der Organisation, was freilich auch für die meisten der 10 Maßregelungsfälle gilt; von 10 Fällen sind die Ursachen unbekannt.

Bezüglich des Verhältnisses der verschiedenen Ursachen zu den verschiedenen Kampfesformen konnte Folgendes festgestellt werden: 7 Streiks wurden veranlaßt durch Maßregelungen im Zusammenhange mit Lohnreduktionen, 5 Streiks wegen Maßregelungen, 3 für geforderte Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, je 1 wegen Unterdrückung des Arbeitsnachweises des Fachvereins (Feilenhauer in Budapest), geforderte anständige Behandlung, geforderte Entlassung eines Gießmeisters, wegen Maßregelung und gestellter Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Maßregelung wegen Opposition gegen die Aussperrung, für das Koalitionsrecht und Arbeitszeitverkürzung, wegen schlechter Behandlung durch den Werkmeister und gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

Von den Lohnbewegungen waren je 2 veranlaßt durch Lohnreduktion und verlangter Lohnerhöhung, je 1 wegen verlangter Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Taglohn- und Einführung der Akkord-

arbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung; in einem Falle war die Ursache nicht festzustellen.

Bei den 18 Warnungen („Zugug fernhalten“) handelte es sich in 4 Fällen um Maßregelungen, in 3 um Lohnreduktionen, in 2 um Heranlockung von Arbeitern unter falschen Angaben und mit versteckten Absichten gegen die beschäftigten Arbeiter, in 1 um Verkürzung der Arbeitszeit, in 8 um „Differenzen“, eine Angabe, die gar nichts besagt, da es hunderterlei Dinge als „Differenzen“ geben kann.

Von den 9 Aussperrungen standen 2 im Zusammenhang mit vorausgegangener Maßregelung und mit versuchter Lohnreduktion, in je 1 um Zerstörung der Arbeiterorganisation, um von den Arbeitern geforderte Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, um Maßregelung, um geforderten bestimmten Feierabend und Entschädigung der Ueberzeitarbeit; in 3 Fällen war die Ursache nicht festzustellen.

1 Sperre war veranlaßt durch Ausbeutung der Arbeiter durch den Vorarbeiter und im 2. Falle war die Ursache nicht festzustellen.

Von den 60 Fällen ist mehr als die Hälfte durch die Haltung und das Vorgehen der Unternehmer veranlaßt. Und dazu gehören gerade die Fälle, welche am meisten zu reden gegeben haben, wie der Stuttgarter Konflikt, den die unter der Führung des Herrn Kuhn organisierten Unternehmer durch versuchte Verlängerung der Arbeitszeit provozierten, der Berliner Formerausstand, der durch Lohnreduktion in der Vorsig'schen Fabrik veranlaßt wurde und endlich der Kampf in Torgelow, den die dortigen Unternehmer zur Vernichtung der Gewerkschaft gegen die Arbeiter inszenierten. Ähnlich liegen die meisten anderen Fälle. Ein Werkmeister stiehlt den Arbeitern ihr Flaschenbier und als sie ihn dabei ertwischt und beim Fabrikanten Beschwerde führen, wird nicht der Dieb fortgejagt, sondern der bestohlene und beschwerdeführende Arbeiter. Um das sittliche Bewußtsein und die Charakterstärke eines solchen Fabrikanten muß es eigenthümlich bestellt sein. Welche Zumuthung aber an die Arbeiter, unter der Leitung eines auf frischer That als Dieb ertappten Meisters zu arbeiten! Ein weiterer Fall zeigt, wie durch ein absolut verwerfliches Lohnsystem Unternehmer es verstehen, einzelne Arbeiter an sich zu fesseln und so einen Keil in die Einigkeit der Arbeiterkassette hineinzutreiben. In einer Fahrradfabrik wird noch das Kolonnensystem praktiziert, wobei einer der Vorarbeiter spielt. Die drei Mann einer solchen Kolonne verdienen in 14 Tagen zusammen 186 M., davon behält aber der „Vorarbeiter“ 100 M. für sich und 86 M. überließ er seinen beiden Mitarbeitern! Aber weder die Direktion (es handelt sich um eine Aktiengesellschaft), noch der ganz arbeiterfeindliche Arbeiterausschuß thun etwas zur Beseitigung solcher schändlichen Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeiter. Die Gewerkschaft verhängte über die Fabrik die Sperre, eine übrigens zweifelhaftige Maßregel, welche wohl die organisierten Arbeiter, nicht aber die Masse der unorganisierten Arbeiter und der Hirsch-Dauer'schen Gewerksvereiner fernzuhalten vermag, also wohl meistens ein Schlag in's Wasser ist oder zur Erzeugung der Gewerkschaftler durch andere Arbeiter führt.

Gegenüber der neuen Hege der Enmann, Posadowsky u. gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ist hervorzuheben, daß es von den 60 Konflikten einzig in Torgelow zu einem bedauerlichen Zusammenstoße zwischen den Streikenden und Streikbrechern gekommen ist. Wie aber dort die Verhältnisse liegen, sind zahlreiche Gründe zur Entschuldigung und mildesten Beurtheilung der Streikenden vorhanden. Die dortigen Unternehmer sind von einem so erschrecklichen Fanatismus gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfüllt und üben gegen die Arbeiter einen derart unerhörten Terrorismus aus, daß man die im

Allgemeinen ruhige Haltung der Streikenden während der langen Dauer des Ausstandes bewundern muß. Die geplante Zerstückung der Gewerkschaft und die Protegierung des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins sollte für diese ausgeartete und versumpft organisierte das Todesurtheil sein. Die Hirsch und Genossen haben es herrlich weit gebracht — deutsche Arbeiter, betrachtet Euch das Trauerspiel in Torgelow und vergeßt nie die Rolle, welche da diese „Arbeiter“ spielen.

Dieselben Fabrikanten, die in frivolster Weise die Arbeiter terrorisieren und provozieren und von ihrem Koalitionsrecht den ärgsten Mißbrauch machen, klagen dann in den beweglichsten Worten über die Beunruhigung der Industrie durch die Gewerkschaften und fordern die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Ist eine solche widerliche Heuchelei erhört!

Was den Ausgang der 60 Fälle betrifft, so konnten wir nur für 26 derselben Genaueres feststellen, während von 34, die allerdings zum Theil unerledigt noch in das Jahr 1898 mit hinübergangen und wohl zu einem anderen Theile versumpft sind, nichts Weiteres bekannt wurde. Von den 26 bekannten Fällen hatten 17 ganzen, 3 theilweisen Erfolg und 6 die Niederlage der Arbeiter zur Folge. Von den 17 erfolgreichen Kämpfen waren 8 Streiks, 5 Lohnbewegungen, 1 „Zuzug fernhalten“ und 3 Aussperrungen. Von den Branchen partizipiren daran die Metallarbeiter mit 6, die Former mit 5, die Feilenhauer mit 3, die Schläger, Goldarbeiter und Schmiede mit je 1. Die Erfolge betrafen in 4 Fällen Aufhebung der Maßregelung, in 3 Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, in je 2 „Differenzen“ und Abwehr verbotener Lohnreduktionen, in je 1 anständige Behandlung, Entlassung eines Diebstahls, Lohnerhöhung, Einführung der Lohn- statt Akkordarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Abwehr verbotener Verlängerung der Arbeitszeit. Der glänzendste Erfolg war derjenige der dänischen Metallarbeiter, die nach monatelangem Kampfe das Unternehmer-Attentat auf ihre Organisation siegreich zurückwiesen und überdies noch eine Reihe wichtiger Forderungen durchsetzten. Die hilfreiche Unterstützung, welche die deutschen Unternehmer ihren dänischen Klassengenossen leisteten, vermochte den Sieg der Arbeiter nicht zu vereiteln.

Die 3 theilweisen Erfolge betrafen 2 Streiks und 1 „Zuzug fernhalten“ und nach den Branchen die Lustarbeiter, Former und Feilenhauer. Es handelte sich dabei um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung in 2 Fällen und um Abwehr verbotener Lohnreduktion in einem Falle.

An den 6 Niederlagen partizipiren die Metallarbeiter mit 4 und die Klempner mit 2 Fällen; davon waren 3 Streiks, 2 Lohnbewegungen und eine Aussperrung. Die 6 Niederlagen betrafen je eine Maßregelung, Maßregelung und Lohnreduktion, Maßregelung und verschiedene, von den Arbeitern aufgestellte Forderungen, Minimallohn, Abzüge und Bußen und Lohnerhöhung.

Auf 20 ganze und theilweise Erfolge haben wir also 6 Niederlagen. Wendet man dieses Verhältnis auf alle 60 Fälle an, so würden sich 45 Erfolge und 15 Niederlagen ergeben, oder mit anderen Worten: 75 Prozent aller Kämpfe hatten einen für die Arbeiter günstigen Ausgang. Das scheint uns durchaus befriedigend zu sein angesichts des Umstandes, daß die große Masse der Metallarbeiter noch nicht organisiert ist, daß 30 000 Hirsch-Dunder'sche Gewerksvereiner die Schutztruppe der Unternehmer bilden und jeden Augenblick bereit sind, ihren Gewerkskollegen in den Rücken zu fallen, um die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen und daß endlich die hunderttausende Nichtorganisirten zu einem großen Theile das Material für die Streikbrecher darstellen. Und die Streikbrecher wie die unorganisirten Metallarbeiter überhaupt waren in allen Fällen die Ursache des Mißerfolges der kämpfenden Arbeiter. Wo in einer Fabrik oder Werkstätte nur ein Theil der Arbeiter organisiert ist, da besteht vielfach Uneinigkeit und wenn erstere unter solchen Umständen etwas unternehmen oder gegen Maßnahmen des Unternehmers Widerstand leisten, müssen sie meistens unterliegen; daher rühren auch vielfach die Maßregelungen und Aussperrungen.

Nicht einbezogen in die Streikstatistik haben wir die streikenden Maschinenbauer in England, über die in diesem Blatte regelmäßig berichtet wurde.

Nicht festgestellt ist ferner die Zahl der an den 60 Fällen beteiligten Metallarbeiter, da hierüber so ziemlich alle Angaben fehlen und eine bezügliche Umfrage zu viel Arbeit verursacht hätte.

Was wir mit weiterer Zusammenstellung beabsichtigen, dürfte erreicht worden sein, nämlich die Ermöglichung einer Uebersicht über unsere Kämpfe im Jahre 1897. Wägen unsere Kollegen daraus neuen Kampfes-

muth schöpfen und in der Ausbreitung und Befestigung unserer Organisation stets vorwärts drängen.

Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Der von Posadowsky an die deutschen Regierungen gerichtete und vom Berliner „Vorwärts“ unentgeltlich veröffentlichte Erlaß zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der deutschen Arbeiter ist von der gesammten deutschen Presse nachgedruckt und je nach ihrer Parteilichkeit scharf verurtheilt oder bejubelt worden. Von der bürgerlichen Presse scheinen nur ultramontane und demokratische Blätter die in dem Erlasse zu Tage getretenen Bestrebungen zu verurtheilen, während die übrigen Zeitungen denselben zustimmen oder nur einige kleine Bedenken dagegen äußern. Einmüthig und in den schärfsten Worten verurtheilt das neueste Komplott gegen die deutschen Arbeiter die Arbeiterpresse.

Der Erlaß ist, wie Posadowsky auf die Kritik des sozialdemokratischen Abgeordneten Wurm im Reichstage selbst zugegeben hat, die direkte Folge der Hege-rien und Wühlereien der organisirten Unternehmer bei der Regierung, die denselben nicht bloß ein Ohr, sondern ihre sämtlichen Ohren leih, denen die giftigsten Schmähungen gegen die Arbeiter wie himmlische Sphärenmusik klingen. Ganze Sätze des Erlasses sind wörtlich aus Eingaben entnommen, welche die ebenso unfähigen wie reaktionären Innungsleute und der Zentralverband deutscher Industrieller, der von Bueck, Stumm u. dirigirt wird, der Regierung gemacht haben.

Man wird dabei wieder lebhaft erinnert an den Streikerlaß Puttkamer's im Jahre 1886, also vor 12 Jahren, als noch das Sozialistengesetz bestand und namentlich auch an das zwischen der Regierung, speziell dem Kriegsministerium und der Eisenbahnverwaltung und dem Verbanne der deutschen Maschinen-Industriellen (Kühnemann) 1890 gegen die Arbeiterschaft geschlossene Komplott, dessen Akten die Arbeiterpresse Anfangs 1891 veröffentlichte. Was jener Theil der Regierung mit den Kühnemännern vereinbarte, das war nichts Anderes, als durch geheime Behme mit den schwarzen Listen die Arbeiter zu terrorisieren und für dieselben das gesetzliche Koalitionsrecht zu einem werthlosen Wischpapier zu machen. Seitdem ist der Verband der Maschinenindustriellen in dem gleichen Sinne thätig gewesen, wofür wir erst vor einigen Monaten aus seinen eigenen Akten die Beweise erbringen konnten, und wenn ihm trotzdem die Er-tödtung des Kampfesmuthes der Arbeiter und die Vernichtung des Koalitionsrechtes durch unerhörten Terrorisimus gegen die Arbeiter nicht gelungen ist, so beweist der Mißerfolg, daß es sich hier um Güter handelt, die das Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse bedingen und daher alle ihre Kräfte zum Widerstande mobil machen. Das beweisen ja andererseits auch die Kämpfe der russischen Arbeiter, die gar kein Koalitionsrecht haben und sich nicht vor den Kosaken, nicht vor der Knete und selbst nicht vor Sibirien fürchten, die sich durch alle Schrecken des Absolutismus nicht abhalten lassen, für ein besseres Loos zu kämpfen.

Dieser Mißerfolg des kapitalistischen Terrorisimus, der ja immerhin Tausende von Opfern zu verzeichnen hat, macht die Unternehmer ungeduldig und deshalb soll nun die Regierung die Klünke der Gesetzgebung in die Hand nehmen, um mitzuhelfen, die deutschen Arbeiter zu Heloten zu machen und sie noch unter das Niveau der geknechteten und geknehten russischen Arbeiter herabzudrücken.

Aber der Posadowsky will ja gar nicht das Koalitionsrecht der Arbeiter antasten, im Gegentheil soll daselbe „grundständig“ hochgehalten werden. Was er treffen will, ist nur der „Terrorisimus“ streikender Arbeiter gegen Streikbrecher, in denen die „Freiheit der Arbeit“ gefährdet werden soll. Das „grundständig“ hochgehaltene Koalitionsrecht“ Posadowsky's würde, wenn im Sinne seines Erlasses mit zahlreichen Fesseln umgeben, der Pressfreiheit mit dem Salgen daneben vergleichbar sein oder auch dem allgemeinen Wahlrecht zum sächsischen Landtage, wobei je nachdem 15 bis 20 Prozent Reichthum die 85 resp. 80 Prozent wenig oder nichts Besizender um das Recht der Abgeordnetenwahl verkürzen; bekanntlich ist das preussische Wahlrecht von gleicher Qualität. Das sagte ihm im Reichstage auch Genosse Legien mit den Worten: „Gewiß, die auf dem Papier stehende Koalitionsfreiheit will Graf Posadowsky den Arbeitern auch in Zukunft lassen. Die Vernichtung der Gewerkschaften soll aber auf einem Hinterwege erreicht werden. Sie werden die Arbeiter so brangalieren, daß ihnen die Arbeiter aus Furcht nicht beitreten. Auf der einen Seite die Unternehmer, die die Zugehörigkeit zu einer Organisation durch Entlassung abenden, auf der andern

Seite die Regierungsgewalt mit ihren Strafanordnungen: so soll den Arbeitern das Wischen Koalitionsfreiheit geraubt werden. Sie haben ja selber gesagt, Graf Posadowsky: Wir haben die Macht und werden sie rückhaltlos anwenden. Was thun Sie jetzt denn anders? Ob Sie damit freilich Vertreter des Christenthums sind, das da lehret: „Liebet Euren Nächsten und liebet Eure Feinde“, ist eine andere Frage.“

Legien konstatierte dann, daß die Verurtheilungen von Streikenden wegen Vergehen gegen die Streikbrecher sehr selten sind und daß sie dann wegen Handlungen erfolgen, die anderwärts, sowohl in England, wie in der Schweiz, in Belgien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern völlig erlaubt sind, so das Postenstehen, ein schärferes Wort des Zuredens, die Arbeit wieder stehen zu lassen usw. Und dann werden diese anderwärts erlaubten Dinge oft mit den schärfsten Strafen belegt. Andererseits werden die Streikbrecher mit Revolvern bewaffnet, mit Schlagringen u., wovon sie auch, wie beim Hamburger Hafenarbeiterstreik, Gebrauch machen, ohne für ihre Heldenthaten bestraft zu werden. Legien hob ferner die Verfolgungen organisirter, sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter durch behördliche Organe hervor, wie es insbesondere Landräthe, Gensdarmen, Polizisten und Bürgermeister in Schlesien zu machen pflegen.

Ueber die Vergehen und Verurtheilungen aus Streiks hat die „Frf. Ztg.“ eine sehr interessante Zusammenstellung veröffentlicht. Darnach sind von 162,546 Personen, welche in den 5 Jahren 1892 bis 1896 an 1007 Streiks theilhaftig gewesen, nur 504, gleich 3,1 Proz. wegen „Ausbreitungen bei Ausübung des Koalitionsrechtes“ bestraft worden. 1892 aber waren es 24,5 auf 1000 Theilhaftige genau nur 2 im Jahre 1896; es hat somit in den vier Jahren eine bedeutende Verringerung dieser sogenannten Ausbreitungen stattgefunden. Dazu bemerkt das genannte bürgerliche Blatt sehr richtig: „Das heißt: trotz allen Eifers der Staatsanwälte, trotz eines Spürsinnes der Polizei, wie er sich in wenig anderen Dingen entwickelt, trotz einer immer ausgedehnter werdenden Rechtsprechung der Gerichte in den Streikbezirken, haben fast alle Streikenden die Probe ihrer Gesetzmäßigkeit bestanden. Wenn trotz der weiten Fassung dieser Paragraphen und trotz der noch immer ausweitenden Rechtsprechung von 1000 Streikenden nur 3 bestraft werden können und gegen 997 nichts vorzubringen ist, so heißt das mit anderen Worten: streikende Arbeiter sind nicht anders wie andere Menschen; sie gehen im Großen und Ganzen gesetzmäßig vor; nur ab und zu, wie bei jeder großen Veranstaltung, kommt auch eine Verletzung von Gesetzen vor.“

Wenn trotzdem durch den Posadowsky'schen Erlaß Erhebungen über die „Ausbreitungen“ der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter gemacht werden und Polizisten, Gensdarmen, Landräthe, kleine und große Unternehmer das Holz zusammentragen sollen, um auf den damit errichteten Stoß das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten, so ist nicht irgend welcher „öffentliche Nothstand“, keine berühmte Lücke in der Gesetzgebung die Veranlassung hierzu, sondern der Wunsch und die Forderung der Unternehmer, ihnen die Arbeiter rechtlos und geknebelt als Heloten auszuliefern. Und der Posadowsky ist der Mann, der den Herren „ergebene Diener“, dazu, um die verlangte gesetzgeberische Hinrichtung an der Arbeiterklasse vorzunehmen.

Würde es wirklich bloßes sachliches Interesse sein, objektiv zu erforschen und zu prüfen, ob und welche Uebelstände bei den sozialen Kämpfen zu Tage getreten sind, so würde man mit den bezüglichen Erhebungen die Reichskommission für Arbeiterstatistik beauftragt haben, die nicht bloß Unternehmerpartei ist und die daher neben Unternehmern auch Arbeiter anhören und einberufen würde. Aber objektive Feststellungen will man nicht, dazu sollen die Erhebungen nicht dienen; sie sollen im Gegentheil Material zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter liefern.

Von dem Koalitionsrecht der Unternehmer, die durch Wechsel auf Tausende von Mark unerhörten Terrorisimus ausüben, die die kleinen Unternehmer terrorisieren und die die Arbeiter terrorisieren, ihnen das Koalitionsrecht rauben, mit schwarzen Listen und Aussperrungen, sowie Maßregelungen operiren — von dem Koalitionsrecht der Unternehmer und von dem schändlichen Mißbrauche, den sie damit den Arbeitern gegenüber treiben, ist natürlich keine Rede. Und wir selbst würden trotz aller Drangsalirungen der Arbeiter durch die koalirten Unternehmer die letzten sein, welche eine Einschränkung des Koalitionsrechtes der Unternehmer forderten nach dem wahrhaft sittlichen Grundsatz: Was Du nicht willst, das man Dir thu', das

fug' auch keinem Andern zu! Die Sittlichkeit und das Christenthum der Stumm, Posadowsky zc. besteht aber gerade darin, Andern alles Unangenehme zuzufügen und für sich selbst alle Annehmlichkeiten, alle Rechte und alle Macht zu erhalten.

Bekanntlich hat sich vor einigen Monaten die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, dem auch Fabrikanten angehören, unter Zurückweisung der Bestrebungen der Stummlinge fast einstimmig für die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts und die Beseitigung seiner gesetzlichen Einschränkungen ausgesprochen. Und der bekannte Berliner Salonfabrikant Freese, der seit Jahren den Achtstundentag eingeführt hat, sagt in seiner Broschüre „Fabrikantenforgen“ über Streiks: „Das wirksamste und oft einzige Mittel des Arbeiterstandes, sich bessere Löhne und damit einen höheren Antheil am Ertrage der nationalen Arbeit zu sichern, sind leider bis heute nur Arbeitskündigungen gewesen.“ Er befürwortet sodann die Bildung starker Berufsgenossenschaften, d. h. Gewerkschaften, wie sie im Buchdruckergewerbe bestehen, die nach seiner Meinung beiden Theilen, den Unternehmern wie den Arbeitern, dauernden Schutz gewähren und für Alle die gleichen Bedingungen schaffen würden.

Da wir bei bürgerlichen Politikern sind, so sei noch die Aeußerung des bekannten nationalökonomischen Professors Schönberg über das Koalitionsrecht erwähnt. In seinem Handbuche schreibt er darüber Folgendes; „Die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechtes ergibt sich als ein natürliches Recht schon aus dem Wesen des Rechtsstaates. Denn aus dem Grundprinzip desselben, der Freiheit und Rechtsgleichheit der Person, folgt, daß der Einzelne seine Kraft benutzen könne, um seine Lage zu verbessern, soweit er nicht erworbene Rechte Dritter verletzt, keine Schädigung des Gesamtinteresses in dem Streben des einzelnen Lohnarbeiters liegt, seinen Lohn zu erhöhen, eine inhumane Arbeitszeit oder unwürdige Bestimmungen . . . zu beseitigen, ist dies ebensowenig an sich der Fall, wenn der Arbeiter sich in diesem Streben mit Andern verbindet. . . Erst die Vereinigung mit Andern . . . verlegt die Arbeiter in die Lage gleicher Kontrahenten, in welcher sie ihre berechtigten Ansprüche dem Arbeitgeber gegenüber durchsetzen vermögen, sie macht die rechtliche Freiheit und Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrages auch zu einer wirklichen. . . Das Koalitionsrecht umfaßt auch das Recht der Vereinigung zu einer gemeinsamen Arbeitskündigung (Streik, Ausstand). Dies Recht darf dem Arbeiterstande nicht verweigert werden, denn die Arbeitskündigung ist die Weigerung der Arbeiter, unter den Bedingungen, welche der Unternehmer nur zugestehen will, ihre Arbeitskraft weiter dem Unternehmer zu überlassen. Wie diese ein Recht des Einzelnen ist, muß sie auch ein Recht Mehrerer, die sich zu einer solchen vereinigen, sein.“

Die Wissenschaft und das Recht steht in der Frage des Koalitionsrechtes auf Seite der Arbeiter. Aber auch die Erfahrung. Unter der hundertjährigen Geltung des Koalitionsrechtes in England, unter der dreißigjährigen in Deutschland, unter der Geltung des Koalitionsrechtes aller Industriestaaten ist die Industrie groß geworden, hat das sogenannte Nationalvermögen ungeheure Vermehrung erfahren, hat der Weltverkehrsverkehr eine Ausdehnung nach Milliarden erlangt und zählen auch die Einnahmen der größeren Staaten nach Milliarden. Recht und Freiheit sind noch nie für ein Volk von Nachtheil gewesen.

Vor den nächsten Reichstagswahlen wird das beabsichtigte Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht ausgeführt, aber der Plan wird für die Wahl selbst zum ausschlaggebenden Faktor, zur Wahlparole für alle Parteien werden. Da darf man heute schon sagen, daß jeder Arbeiter, der einem Gegner seine Stimme gibt, nach dem bekannten derben, aber wahren Sprichworte handelt:

Nur die allergrößten Käßer,
Wählen ihre Wegger selber!

Arbeitslosigkeitsreformen und Gewerkschaften.

II.

a. Nicht weniger bedenklich, als die Preisgabe der Arbeitsvermittlung an staatliche oder kommunale Behörden ist auch die staatliche oder kommunale Organisation der Arbeitslosenversicherung, da sie mit der Arbeitsvermittlung inniger zusammenhängt, als noch vielfach angenommen wird. Zwar gehörte die Arbeitslosenversicherung bisher nicht zum Programm der Gewerkschaften und auch als Arbeitslosenunterstützung war sie nur in einer geringen Zahl von Or-

ganisationen eingeführt. Das beweist jedoch nicht, daß sie kein Kampfmittel sei oder sein könne, welches im Besitze der Gewerkschaften gute Dienste leisten, das aber ebensogut auch gegen die Gewerkschaften angewendet werden kann. Im Gegentheil ist das Unterstützungswesen längst als ein unentbehrliches Hilfsmittel der Gewerkschaften anerkannt und m. . . als einmal die Befürchtung, es könne den Klassenstandpunkt verwischen und den Klassenkampf verflachen, als grundlos zurückgewiesen worden. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle Unterstützungszweige in gleichem Maße Kampfmittel seien, wenn auch ein jeder von der Absicht geleitet wird, die Mitglieder zusammenzuhalten; es kann Auswüchse des Unterstützungswesens geben, die mit den Gewerkschaftsaufgaben wenig mehr gemein haben. Dagegen sind als besonders werthvolle Kampfmittel die Reise- und die Arbeitslosenunterstützung zu erachten, die beide bestimmt sind, auf das Angebot der Arbeitslosen einzuwirken, es theils abzulehnen, theils zurückzuhalten, wo es den gewerkschaftlichen Errungenschaften nachtheilig werden könnte, vor Allem aber die Arbeiter auch in der kritischen Zeit der Arbeitslosigkeit durch materielle Vortheile an die Organisation zu fesseln. Daß dieser Zweck erreicht wird, beweist der stabilere Mitgliederstand vornehmlich derjenigen Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, wie andererseits auch der Umstand, daß diese Organisationen auch mit der Rückwirkung der Arbeitslosenunterstützung auf den Stand der Arbeitsbedingungen nach eigenen Angaben zufriedenstellende Erfahrungen gemacht haben.

Der letzte Gewerkschaftskongreß mußte auf Grund dieser Erfahrungen nothgedrungen zu einer Empfehlung der Arbeitslosenunterstützung gelangen unter ausdrücklicher Feststellung ihres Werthes als Kampfmittel und Zurückweisung aller gegentheiligen Bedenken. Insoweit ist also durch die oberste Gewerkschaftsinstanz die prinzipielle Seite der Frage der Arbeitslosenunterstützung für die Gewerkschaften bereits geklärt, und wenn auch ihrer Einführung in den bisher unbetheiligten Berufen noch manche Schwierigkeiten entgegenstehen, je nach der Höhe des Arbeitslosigkeitsrisikos und nach den Sympathien oder Antipathien der Arbeiterschaft, so wird doch u. E. der Zeitpunkt nicht mehr ferne sein, an dem die Mehrzahl der Organisationen, wie heute die Reiseunterstützung, so dann die Arbeitslosenunterstützung aufgenommen haben.

Keineswegs geklärt ist jedoch die Frage, wie sich die Arbeiter den staatlichen und kommunalen Arbeitslosigkeitsversicherungsprojekten gegenüber zu verhalten haben, denn die Empfehlung der gewerkschaftlichen Einführung der Arbeitslosenunterstützung schließt die öffentliche Versicherung nicht aus, da die Zwecke beider sehr weit auseinandergehen, wenn auch in Wahrheit die Arbeitslosenversicherung nach allen bisherigen Erfahrungen nicht über den Werth einer bloßen Unterstützung hinausreicht. Auch könnte eine öffentliche Versicherung sehr wohl neben der gewerkschaftlichen Unterstützung einhergehen, wie die Zusatzkasse zur Krankenversicherung; denn einmal würde die obligatorische Arbeitslosenversicherung schwerlich für diejenigen Arbeitslosigkeitsfälle eintreten, an deren Unterstützung den Gewerkschaften gelegen ist, und sodann steigern sich mit der allgemeinen Hebung des untersten Niveaus auch die Ansprüche der höheren Arbeiterschichten, denen die geringen und höchst fragwürdigen Leistungen der Zwangsversicherung nicht mehr genügen und die in den Gewerkschaften eine Ergänzung, bezw. Erhöhung suchen würden. Hiernach könnten also Arbeitslosenversicherung und gewerkschaftliche Unterstützung einander sehr wohl ergänzen und ausgleichen, ohne daß die eine die andere erübrigen könnte, — vorausgesetzt, daß Beide lediglich dem Arbeiterinteresse dienen und nicht zu einander in Gegensatz treten.

Daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung den Prinzipien und Zwecken der Gewerkschaften nicht widerspricht, haben wir bereits nachgewiesen. Keineswegs trifft aber diese Voraussetzung auf die öffentliche Arbeitslosenversicherung zu, die sich im Gegentheil zu einer bürgerlichen Gefahr für die Gewerkschaftsbestrebungen entwickeln kann und unter den gegenwärtig herrschenden koalitionsfeindlichen Strömungen entwickeln muß. Das mag für weite Arbeiterkreise, die sich nachgerade daran gewöhnt haben, diese Versicherung direkt vom Staate zu fordern, paradox klingen, denn gerade in den Jahren der schlimmsten Arbeitslosigkeitskrisis wurde diese Forderung mit besonderer Vorliebe propagirt, und solche Agitationsmittel entwerthet zu sehen, bereitet immer Schmerz. Dem gegenüber sei daran erinnert, daß die Forderung der Arbeitslosenversicherung überhaupt keine ursprünglich sozialistische ist, sondern gleich den übrigen Versicherungspostulaten dem

Gouvernemental-Sozialismus Wagener'scher Couleur entsprossen ist und seiner Zeit sogar Herr v. Stumm zum begeisterten Anhänger zählte. Alle bisherigen staatlichen Versicherungsgeetze sind in Folge ihrer theils unzulänglichen, theils arbeiterfeindlichen Ausgestaltung gegen das Botum der Arbeitervertreter zu Stande gekommen, und wenn sie dennoch zum Theil segensreich für die Arbeiter gewaltet haben, so ist dies neben der früheren Praxis des Reichsversicherungsamtes der energischen Mitwirkung der Arbeiterschaft zu danken, wobei aber auch die ungeheure Belastung der Arbeiterbudgets durch Beiträge nicht vergessen werden darf. Aber die Entwicklung vom Kranken- bis zum Alters- und Invalidenversicherungsgesetz zeigt eine ausgeprägt arbeiterfeindliche, bürokratische Richtung, obwohl die Verabschiedung des letzteren Gesetzes gerade in den Beginn der vielgerühmten Ära der Sozialreform fiel. Ziehen wir eine Parallele zwischen der Situation der Sozialreform im Jahre 1888/89 und der der Gegenwart und nächsten Zukunft, berücksichtigen wir den gesteigerten Haß der einflußreichsten Klassen und Klüften gegen jeden Arbeiterchutz und den Umstand, daß gerade das Arbeitslosigkeitsproblem im Mittelpunkt der Klassen- und Interessengegensätze steht, so können wir uns leicht vergegenwärtigen, was bei einer staatlichen Arbeitslosigkeitsversicherung für die Arbeiter herauskäme, — ein Gesetz mit völlig ungenügenden Leistungen trotz enormer Volksbelastung und mit allerhand Verkläuerungen und arbeiterfeindlichen Bestimmungen, die unseren Forderungen geradezu im's Gesicht schlägen.

Nun wissen wir ja im Voraus, daß unsere Forderungen nie so erfüllt werden, als wir wünschen, und fordern trotzdem; das ist aber nur angängig bei Reformen, die uns auch abschlagsweise nur nützen, nicht aber gefährlich werden können. Die staatliche Arbeitslosenversicherung ist aber keine so unschuldige Reform, sondern sie kann in der Hand der Staatsbehörden und derer, denen diese Behörden dienen, eine mächtige Waffe gegen die Arbeiterbewegung werden, sobald ihre Handhabung von polizeilichen Rücksichten geleitet wird. Was das im reaktionär-bürokratischen Deutschland bedeutet, wird Jeder zur Genüge wissen. Hier, wo die Arbeitslosigkeit nicht als wirtschaftliche Erscheinung und soziale Krankheit, sondern als individuelle Selbstverschuldung betrachtet wird, wird nicht die Unterstützung der Arbeitslosen, sondern deren Beseitigung, Auslese der „Arbeitscheuen“, der durch eigene Schuld Arbeitslosen und der Zwang zur Annahme neuer Stellen für die Verwaltung maßgebend sein. Schon die weit demokratischeren schweizerischen Vorbilder, wie die Kassen zu Bern und St. Gallen und die Entwürfe von Basel glaubten Ausfallvorschriften gegen selbstverschuldete Arbeitslosigkeit nicht erheben zu können; als Selbstverschuldung wird aber nicht bloß die eigene Kündigung oder Arbeitsaustritt des Arbeiters, sondern auch Maßregelung, Entlassung wegen persönlicher Gründe oder Nichtbefähigung und Nichtannahme einer neuen Stellung, gleichviel ob im oder außer dem eigenen Berufe, erachtet. Auch die Kölner Versicherungsanstalt gegen Arbeitslosigkeit, die auf Freiwilligkeit beruht, enthält die gleichen Beschränkungen. Die bürokratische Zwangsversicherung in Deutschland wird sich mit diesen Einschränkungen schwerlich begnügen, — ja, sie kann gar nicht anders funktionieren, als in innigster Verbindung mit einem ausgedehnten Arbeitsnachweissystem, dessen Benutzung behufs Verhütung oder Verminderung der Arbeitslosigkeit ebenfalls obligatorisch zu machen wäre. Die staatlich-bürokratische Arbeitslosenversicherung zieht also die obligatorische gouvernementale Arbeitsvermittlung nach sich, deren hoffnungsvolle Anfänge die deutschen Arbeiter in den kommunalen Nachweisen kennen lernten. Wer darnach Arbeitslosenunterstützung erlangen will, muß zuvor eine Bescheinigung des Arbeitsnachweises beibringen, daß ihm keinerlei Arbeit verschafft werden konnte. Weigert sich der Arbeitslose, eine Stelle außerhalb seines Berufes anzunehmen, aus Furcht, dadurch seinen gelernten Beruf entfremdet zu werden, oder seinen gegenwärtigen Wohnort zu verlassen, oder lehnt er eine Stellung ab, deren Annahme seine Gewerkschaft schädigen würde, sei es wegen Streik, Sperre oder Unterbietung der Gewerkschaftsabmachungen, — so geht er nicht bloß der Unterstützung verlustig, sondern er läuft auch Gefahr, als Arbeitscheuer behandelt und dementsprechend in besondere behördliche Pflege genommen zu werden. Denn wo Zwangsversicherung und Zwangsarbeitsnachweis vorhanden sind, da werden auch die Zwangsarbeitshäuser, Arbeiterkolonien und die übrigen Korrektivmittel polizeilicher Arbeitslosigkeitsfürsorge

nicht weit entfernt sein; sie werden sich vielmehr den ersteren so vorzüglich anschließen, daß das Ganze wie aus einem Gusse erscheint.

In einem solchen System ist für die Gewerkschaftsbewegung natürlich ebenso wenig Raum, wie neben demselben. Die staatliche Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis kann nicht anders als gewerkschaftsfeindlich wirken, sobald Beide in bürokratischer Verwaltung ruhen. Die Arbeiter haben trotz eigener Beiträge nur in seltenen Fällen Vorteil von der Versicherung, die Gewerkschaften aber werden durch dieselbe direkt geschädigt, sowohl durch den Entzug wichtiger Einflußgebiete, als auch durch die unmittelbare Bekämpfung ihrer Bestrebungen. Zwar würde es noch immer Jedem freistehen, sich einer gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitskasse anzuschließen, falls solche bestehen, aber die große Masse läßt sich stets willig der Zwangsversicherung einfügen, und es hieße den Widerstand der einzelnen Indifferenten überschätzen, wollten wir dann die Respektierung der Gewerkschaftsinteressen auch gegenüber dem Verlust der Unterstützung und der Zugehörigkeit behördlicher Chikanen verlangen. Ein großer Theil der Zwangsversicherten ist für die Gewerkschaftsbewegung als verloren zu erachten.

Auch die kommunale Organisation schützt keineswegs vor den Gefahren der bürokratischen Reaktion, denn auch sie kann nicht ohne reichsgesetzliche Regelung durchgeführt werden, weil keine Gemeinde ihre Einwohner zu Versicherungszwecken obligatorisch besteuern darf. Durch diese reichsgesetzliche Regelung wird aber gerade der Bevormundung und Entrechtung der Arbeiter Eingang verschafft. Außerdem bietet die kommunale Organisation den Nachtheil, daß der Arbeiter bei Verlassen der Gemeinde seiner Beiträge und Rechte verlustig geht, und weiterhin liegt für die Kommunen, deren Arbeiter versichert sind, der Anreiz äußerst nahe, den Zugang fremder Arbeiter zu erschweren oder die Arbeitslosen möglichst in ihre Heimath abzuschieben, eine Eventualität, die das Gesetz sicher nicht unberücksichtigt lassen wird.

Aus allem Gesagten erweist es sich, daß die Gewerkschaften nicht die geringste Ursache haben, irgend welche Hoffnungen auf die staatliche Arbeitslosenversicherung zu setzen oder der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf diesem Gebiete aus dem Wege zu gehen, um etwa jener nicht vorzugreifen. Wir sagten bereits früher einmal und wiederholen es hier: Die Arbeitslosenversicherung kommt nicht, — oder sie kommt als Unterdrückungsmaßregel gegen die Gewerkschaftsbewegung! Darin stimmen mit uns auch die beiden bereits genannten Kritiker der kommunalen Arbeitsvermittlung überein. H. E. May ruft in seinem Jahresbericht 1896 den Arbeitern zu: „Darum hütet Euch vor der Arbeitslosenversicherung in Händen der Kommune! Bei dem mangelnden Verständniß, das für diese Fragen in den herrschenden Kreisen besteht, ist sehr zu befürchten, daß es sonst mit den Arbeitslöhnen, statt bergauf, wie notwendig, — schnell bergab gehen werde, — Industrie, Handel und Verkehr mit sich hinabreichend und unsere ganze Zivilisation unter sich begrabend.“ Ebenso sprechen sich Dr. F. W. Förster und Dr. A. Buschmann energisch gegen jede bürokratisch-staatliche oder kommunale Arbeitslosenversicherung aus und befürworten ihre Uebernahme durch die Gewerkschaften. Es hieße den herrschenden Gewalten ein neues Machtmittel über die Arbeiterbewegung in die Hand geben, wenn diese Versicherungsprobleme verwirklicht würden, und die Gewerkschaften würden Selbstmord begehen, wollten sie dazu durch ihre Agitation oder durch ihr Verhalten die Hand bieten. Sie haben vielmehr allen Grund, dieses Terrain eifersüchtig gegen jede staatliche Okkupation zu verteidigen und sich gegen alle bürokratischen Begünstigungsversuche zu wehren.

Trotz dieser kritischen Abwehr sind wir weit entfernt von jeder Schwärmerie für Selbsthilfe. Festzuhalten bleibt nach wie vor der Standpunkt, daß keine Arbeitslosigkeitsversicherung das Uebel der Arbeitslosigkeit aus der Welt schafft, und daß, wenn je eine solche Versicherung Platz greifen sollte, die Kosten derselben durch eine Reichseinkommensteuer zu bedecken seien, sowie, daß deren Verwaltung gänzlich oder in überwiegendem Maße in die Hände der Gewerkschaften gelegt wird. Wir sind nicht blind gegen die Vorzüge einer solchen Versicherung, — aber diesen Vorzügen stehen größere Nachtheile gegenüber, so lange Staat und Kommunen nicht demokratische Gemeinwesen sind, die der Arbeiterschaft den ihrer Zahl und Bedeutung entsprechenden Einfluß einräumen, sondern im Gegentheil die Arbeiterbewegung zu unterdrücken suchen.

Es ist also nicht angweifelhaftes Garantien geboten

sind, daß sich Staat oder Kommune darauf beschränken, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu fördern und die Gewerkschaften zu Trägern derselben zu machen, ohne deren Koalitionsfreiheit zu beschränken, ist für uns keine Preisgabe dieser Postulate für die Sozialreform von oben diskutabel. Die staatliche Sozialreform hat ihre guten und auch ihre schlimmen Seiten; sie kann für oder gegen die Arbeiter gemacht werden. In Deutschland haben es die herrschenden Mächte dahin gebracht, daß die Arbeiter sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verwirklichung von Reformen wehren müssen, weil der Fluch der Reaktion daran haftet und alles Brod in Steine verwandelt. Darum Vorsicht bei staatlichen Arbeitslosigkeitsreformen!

Aus England.

Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer.

C. London, 4. Februar 1898.

Eine Anzahl von Maschinenbauern hat am Montag, den 31. Januar, die Arbeit wieder aufgenommen; man schätzt die Zahl derselben auf 25—30 Prozent. Den besten Arbeitern wird der Vorzug gegeben und viele der älteren Arbeiter müssen den jüngeren Platz machen. Im Clyde-Distrikt werden wenig mehr als 60 Prozent der Maschinenarbeiter wieder eingestellt werden.

Sir Christopher Furness hat seinen Geschäftsleiter beauftragt, wenn möglich, sämtliche Ausgesperrten wieder einzustellen und von dem Beschluß des Ausnahmeverbandes, mit 25 Prozent anzufangen, keine Notiz zu nehmen. Bis sämtliche Streiker und Ausgesperrte wieder in Arbeit stehen, wird noch einige Zeit vergehen und werden deshalb die Fonds noch sehr in Anspruch genommen werden.

Die „Weekly Times Echo“ gibt folgende interessante Zahlen: Die Mitgliederzahl der beteiligten Trades Unions beläuft sich auf 109.829. Davon fallen auf die

| | |
|--|-------|
| U.S.E. (Maschinenbauer) | 91919 |
| Locomotivbauer | 8400 |
| Bereinigte Maschinenarbeiter-Association | 4129 |
| Werkzeugmacher | 2390 |
| Schmiede und Zuschläger | 950 |
| Mechaniker S.F.M.A.S. | 641 |
| Kupfer schmiede | 418 |
| Gürtler und Messingarbeiter | 379 |
| Bohrer | 350 |
| Londoner und Provinzial-Zuschläger | 253 |

Nähezu 31.000 Mitglieder der U.S.E. und 7000 der anderen Trades Unions sind arbeitslos geworden, 5000 Nicht-Unionisten nicht mit begriffen. Die U.S.E. begann den Kampf mit 360.000 Pfd. St. Vermögen, wovon jedoch 60.000 Pfd. St. der Altersversorgungskasse gehörten und nicht angegriffen werden konnten. 60.000 Mitglieder der U.S.E. zahlten Streikunterstützung in der Höhe von ungefähr 300.000 Pfd. St.; 140.000 Pfd. St. sind von außerhalb der betreffenden Union eingelaufen, so daß ungefähr 740.000 Pfd. St. disponibel waren. Ausgezahlt wurden wöchentlich 24.000 Pfd. St. an 32.000 Mann, was ein Total von 720.000 Pfd. St. ergibt. Den Verlust an Arbeitslohn schätzt man auf 2.000.000 Pfd. St., wozu noch der indirekte Verlust, den verwandte Berufe erlitten haben, kommt. Der Sekretär der Fesselschmiede nimmt den Verlust seiner Mitglieder zu 150.000 Pfd. St. an; andere kleinere Trades Unions haben bedeutend durch Arbeitslosigkeit gelitten. Der Mechaniker-Verband z. B. hatte am 1. Januar 1897 1288 Pfd. St. in Händen und gegenwärtig nur noch ungefähr 600 Pfd. St. Der Jahresbeitrag der Mitglieder derselben betrug einschließlich der Extrabeiträge 4 Pfd. St., die mit den fehlenden 600 Pfd. St. von der Aussperrung aufgefressen sind. Dazu kommt noch der wahrscheinliche Verlust von Mitgliedern, die sich leider lieber aufs Neue aufnehmen lassen, als die rückständigen Beiträge zu zahlen.

Die Arbeit in der Metallindustrie scheint bedeutend abzunehmen und wird dies, abgesehen von den Ausgesperrten, sehr viele Arbeiter treffen, die in Geschäften in Arbeit sind, die während der letzten zwei Jahre mit Arbeit überhäuft waren. Wenn man vor Jahren Deutschland bezeichnete als das Land, wo man „billig und schlecht“ arbeitet, so fängt das an, sich auf England zu beziehen, nur mit dem Unterschied, „theuer und schlecht“. „Nach wie die Sündfluth“ — ist die Maxime der englischen Unternehmer, bis sie von dem steigenden Proletariat in ihrer Stellung abgelöst werden.

Aus Oesterreich.

Wien, 4. Februar.

Der sozialen Kriegsschauplatz ist zu melden, daß über die Metallindustrie des Leopold Wicha in Wien die Sperre verhängt wurde, weil neuerliche Abzüge von den Arbeitslöhnen gemacht werden sollen. In dieser Werkstatt herrschen die denkbar schlechtesten Zustände und wurden den Arbeitern pro Woche 2.50 Dampfgeld (!) und 20 Prozent des Verdienstes für Werkzeugabnutzung in Abzug gebracht. Da derartige Abzüge nach den bestehenden Gesetzen nicht statthaft sind, wurde die Anzeige beim Gewerbeinspektor gemacht.

In der Budapestter Fahrradfabrik „Adria“ brach ein Streik aus wegen der Reduzierung der ohnehin ungenügend niedrigen Löhne.

Auch in der Grazer Waggonfabrik „Aktiengesellschaft“ vom Weiser sind sehr ernste Differenzen ausgebrochen, welche möglicherweise zum Streik führen, an welchem dann ca. 1000 Arbeiter Theil nehmen würden. Die Arbeiter bemühen sich, die Differenzen auf gütlichem Wege beizulegen.

Der Zugang nach allen genannten Orten ist strengstens fernzuhalten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind mehrfach Streiks ohne Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Statuts inszenirt worden und geben wir aus diesem Grunde dieselben hier nochmals bekannt mit dem Bemerkten, daß die Nichtachtung dieser Bestimmungen die Nichtanerkennung des Zustandes und Verweigerung der Unterstützung aus Verbandsmitteln nach sich zieht.

Besonders aber warnen wir vor der Inszenirung von Streiks wegen Verzögerung einzelner Personen, ehe der Vorstand über dieselbe zu Rathe gezogen worden ist.

Die diesbezüglichen Bestimmungen des Statuts lauten: § 21. Arbeitseinstellungen von Verbandsmittgliedern können, mit Ausnahme der Verwaltungsstellen von über 3000 zahlenden Mitgliedern, wo die Entscheidung der Ortsverwaltung zusteht, nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt und im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Berechnen in einem Geschäft Differenzen aus, woran Verbandsmittglieder beteiligt sind, so treten diese unter Beteiligung der Ortsverwaltung bezw. des zuständigen Vertrauensmannes zur Verathung der Sachlage zusammen.

Angriffsstreiks müssen mindestens 3 Monate vor Beginn dem Vorstande gemeldet werden.

Sind mehrere Streiks beim Vorstand angemeldet, so ist jenen Bewegungen das Vorzugsrecht einzuräumen, welche Verletzung der Arbeitszeit in Aussicht nehmen.

Dem Vorstand ist von der Ortsverwaltung bezw. dem Vertrauensmann über die einschlägigen Verhältnisse genauester Bericht zu erstatten. Dieser Bericht ist von drei Beamten der Ortsverwaltung zu unterzeichnen und mit dem Ortsstempel zu versehen.

Abwehristreiks oder Aussperrungen sind dem Vorstand innerhalb 24 Stunden schriftlich oder telegraphisch mitzutheilen.

Der Vorstand ist verpflichtet, sofort eines seiner Mitglieder bezw. einen Bevollmächtigten in das Auslandsgebiet zu entsenden, um genaue Information an Ort und Stelle zu erlangen. — Dasselbe gilt auch für Angriffsstreiks.

Aufgabe des Vorstandsvertreters bezw. des Bevollmächtigten ist insbesondere der Vollzug des Streikreglements.

Die an den Differenzen beteiligten Verbandsmittglieder haben in geheimer Abstimmung festzustellen, ob sie in einem Ausstand emtreten wollen. Vor der Abstimmung hat der Bevollmächtigte bezw. der Vertrauensmann auf die gesetzlichen Bestimmungen, betr. den Kontraktbruch, aufmerksam zu machen. Das Resultat der Abstimmung nebst Stimmentzettel ist mit dem Situationsbericht innerhalb 3 Tagen dem Vorstand einzusenden.

Der Vorstand (im Verhinderungsfall die verantwortlichen Verwaltungsbeamten) hat auf Grund des eingegangenen Situationsberichts unverzüglich zu prüfen, ob Aussicht auf erfolgreiche Durchführung des Ausstandes vorhanden ist. Der Vorstandsbeschluss nebst Verhaltensmaßregeln bei eventuellem Ausstand ist sofort, jedoch spätestens innerhalb einem Tage an den Bevollmächtigten bezw. den Vertrauensmann abzusenden. Vorher darf, ausgenommen in Verwaltungsstellen von über 3000 zahlenden Mitgliedern, unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden.

Bei Prüfung der Verhältnisse hat der Vorstand sowohl die Geschäftslage des betreffenden Berufes sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen.

Der Vorstand hat ferner zu berücksichtigen, ob zur Durchführung des Ausstandes die nötigen Mittel vorhanden sind oder beschafft werden können.

Der Antrag auf Arbeitseinstellung kann auch abgelehnt werden, wenn schon an einem anderen Orte gestreikt wird oder Kündigung erfolgt ist.

Das Recht auf Unterstützung bei Ausständen haben Verbandsmittglieder nur dann, wenn sie zu Wochen dem Verband angehören und ihre Beiträge bezahlt haben. In außergewöhnlichen Fällen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu gewähren, welche nur 13 Wochen dem Verbande angehören und 13 Wochenbeiträge geleistet haben.

Die gewährten Unterstützungen sind Darlehen, worüber die Empfänger Schuldscheine auszustellen haben.

Bei Arbeitseinstellungen, die auf Grund dieses Reglements vom Vorstand nicht genehmigt werden können, deren Berechtigung vom Vorstand aber anerkannt wird, ist der Vorstand bejugt, Gelegenheit zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zu geben.

Die Entscheidungen des Vorstandes sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder bindend; wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verzichten dadurch die Mitglieder auf jedwede Unterstützung.

Bei genehmigten Ausständen sind die Anordnungen des Vorstandes strikte durchzuführen. Ueber den Stand der Bewegung ist jede Woche von dem Vorsitzenden des Ausstandsausschusses ein schriftlicher Bericht abzufassen und dem Vorstand einzusenden. Ist die Berichterstattung für eine Woche versäumt und erfolgt nach vorausgegangener Mahnung innerhalb einer Woche kein Bericht, so ist der Vorstand berechtigt, die Unterstützung einzustellen.

Uebersteigt die Dauer eines Ausstandes vier Wochen, so ist der Vorstand verpflichtet, durch eines seiner Mitglieder, bezw. durch einen Bevollmächtigten über den Stand der Bewegung an Ort und Stelle Information einzuziehen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 19050 des Formers August Wager, geb. zu Strummen-ader D.-A. Gfilingen am 9. Oktober 1863.
- 56877 des Klempners Emil Schreiber, geb. zu Celle am 11. August 1875.
- 68681 des Formers Josef Rehm, geb. zu Vottstetten am 14. Jan. 1874.
- 102944 des Eisendrehers Bernhard Rahl, geb. zu Schmiedenberg am 2. Juli 1876.
- 155932 des Schlossers Fritz Albrecht, geb. zu Greifenhagen am 25. Juli 1874.

- 159749 des Eisendrehers Adolf Liebold, geb. zu Zeulenroda am 20. April 1862.
- 231780 des Schmiedes Hermann Küper, geb. zu Oldenburg am 31. August 1877.
- 281985 des Drehers Bernhard Wilt. Saalmüller, geb. geb. zu ? am ?
- 246868 des Klempners Friedr. Rhode, geb. zu Gllgenburg am 3. Juli 1865.
- ? des Schlossers Gottlob Oberdorfer, geb. zu Augsburg am 17. Mai 1880.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckerstraße 160 IV, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Januar 1898 bei der Hauptkassie eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Alfeld a. L. 22.44. Altona 400. Alt- und Neugebäude 132.10. Altmühl 77. Alpenstraße 28.08. Apolda 80. Arnstadt i. Thür. 60. Aschersleben 40. Augsburg: Allg. 50. Feilenhauer 21.15. Weiertheim-Bulach 15.25. Beuthen 35. Biebrich 20. Bitterfeld 40.80. Brandenburg: Allg. 400. Heizer u. 59.85. Breitenfeld 80.95. Bremen: Heizer u. 30.15. Bremerhaven 400. Breslau 200. Brieg 40. Bunzlau 85. Burg 90. Chemnitz 400. Coburg 25. Cöln a. Rh. 100. Cöln-Indenthal 65.10. Cöpenick 100.25. Cottbus 10. Crimmitschau 70. Delmenhorst 81.50. Diebshagen 52.50. Dresden-N. 550. Dresden-S. 125. Driesen a. d. Nege 30.53. Duisburg: Feilenhauer 34.95. Düsseldorf: Dreher 106.53. Feilenhauer 35.55. Eisenburg 40. Eisenach 50. Eilenberg 30.35. Elmshorn 37.50. Emmendingen 16.93. Erfurt: Klempner 50. Erlangen 129.27. Ertlingen 21.04. Fernersleben 38.45. Feuerbach 40. Frankfurt: thal 135.45. Frankfurt am Main: Allgemeine 200. Mechaniker 50. Spengler 228.34. Freiburg i. Br.: Allg. 80. Fahrradarbeiter 100. Fürstentum 70. Fürth, Schläger 200. Garmangon 50.65. Gelsenkirchen-Schalke 31.15. Gecasmühle 21.45. Gießen 95. Gölzern 57.70. Götting 200. Götting 100. Göttingen 50. Grabow 80. Großenhain 22.40. Grotzschleben 300. Großschönau 72.82. Grünberg 85. Guitavsburg-Stoßheim 127.50. Hall Schwab. 33.59. Halle a. S.: Formier 294.12. Hamburg: Heizungsfach 33.39. Klempner 690.23. Werftarbeiter 88.15. Hameln 35.63. Hanau 50. Hannover: Allg. 200. Schmiede 85.33. Harburg 240.30. Hagloch 12.20. Haynau 30. Heegermühle 25. Helmstedt 30. Herford 64.80. Hildesheim 80. Hohenstein-Crimsfeld 80.40. Hocht a. M. 48. Hörde 30. Jägershausen 121.98. Jierlohn 50. Jyehoe 40. Jena: Allg. 125. Wittenberg 85. Jüterbog 15.83. Kaiserlautern, Formier 99.18. Kappel 118.50. Karlsruhe: Allg. 100. Bauhofsler 78.95. Kiel: Allg. 436.56. Klempner 34.04. Königshagen i. Pr. 110. Kulmbach 16.47. Lamsdorf 4.88. Landau 15. Lauenburg 32. Leipzig-West 350. Lumbach 30. Linden, Feilenhauer 46. Lippstadt 24.35. Lörrach 25. Lübeck: Klempner 100. Magdeburg: Alte-Klempner 100. Sudan 300. Neustadt 100. Sondersburg 300. Suhlalatureur 67.30. Wlanheim 400. Weierane 10.59. Weizen 66.61. Weimingen 30. Wittweida 75. Wittenberg 56.67. Wügeln 71.80. Wühlhaußen i. Thür: Allg. 49.77. Schlosser 40. Wülhausen i. G. 15. Wülheim a. Rh. 98. Wülheim a. d. Ruhr 15. Wünchen: Feilenhauer 112.80. Schlosser 200. Wünchenberndorf 26.39. Wüstau 85.80. Wüsterau 32.80. Neu-Zienburg 61.50. Neumühlern 80. Neumünster 180. Neusalz a. d. Oder 57.20. Neustadt a. d. Sdt. 119.93. Neustadt i. Sachl. 10. Niwawes-Neuendorf 30. Nürnberg: Allg. 800. Flajshner 200. Dießgenindustrie 360. Rothgraber u. 150.60. Oberkirch 18.50. Oberndorf 22. Oberschlema 28.85. Oeynhausien 22.59. Olfenbach a. Main 300. Olfenstedt 60. Osnaabrück, Formier 35. Pegnitz 112.39. Peine 60. Pirna 32.25. Pögnitz 7.52. Preizlau 40. Pries 205. Rade v. Wald 40. Radeberg 30.30. Ratingen 28.04. Ravensburg 59. Reichensbach i. W. 29.05. Reichenhain 123.30. Reidsburg 125. Reutlingen 45. Ruhl 17.25. Saalfeld 75. Sangerhausen 70. Sebalosbrück 42. Speier 50. Suhl 14. Schildesche 100. Schmöln 8. Schönebeck 50. Schorndorf 1. Schwelm 60. Straßfurt 150. Stendal 50. Stettin-Zentr. 100. Ular 30. Urberach 44.06. Velbert 150. Wandsbeck 175.22. Weimar 50. Weinheim 21.45. Wilhelmshagen 307.15. Wilhelmshaven-Bant 200. Witten a. d. Ruhr 27.45. Wolfenbüttel 39.80. Zeulenroda 79.07. Zierdorf 32.38. Einzelmitglieder der Hauptkassie 100. Für: Erläuterer 1.04. Protokolle der 3. ordentl. Generalversammlung 39.20. Zinsen vom Kontokorrent 450.65. Abschlagszahlung vom Darlehen der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. 28.70. Zurückgezählte Schuld von: W. Feuer, Helmstedt 4. W. Friedmann, Breslau 15.

Quittung

über die vom 1.—31. Januar 1898 eingegangenen Gelder für die freikindlichen Maschinenbauer in England.

- Bestand vom 31. Dezember 1897 2964.21. Von Arnstadt i. Thür. 5.35. Weiertheim-Bulach 11. Bielefeld 66.80. Brandenburg: Heizer u. 5.15. Braunschweig, Schi. er 90. Bremerhaven 96. Crimmitschau 13. Duisburg: Feilenhauer 6.20. Dresden-N. 418. Dresden, Gewerkschafts-factell 1110.70. Eilenburg 46. Eilenberg 5.65. Elmshorn 30. Emmendingen 4.85. Erlangen 17.40. Ertlingen 70. Ertlingen 10. Flensburg 100. Frankfurt a. M. 85. Freiburg i. Br. 24. Fürstentum 20. Gableng 44. Gaimholz 9.15. Hainichen 7.75. Hall Schwab. 4.30. Hamburg-Horn 151.80, darunter 81.80 Ueberschuß vom Wintervergügen. Hamburg: Geldgleiter 140. Heizungsfach 70. Klempner 211 (darunter 11 vom Sparklub „Winterfreude“), Schlosser 200. Werftarbeiter 300. Hameln 12. Hannover, Klempner 31. Harburg 155. Hagloch 1.50. Heidenheim 6.50. Hildesheim 20.75. Hirschberg 8.50. Jena 52.27. Kiel 180 (darunter 80 von den Buchbindern und 9.70 von den Maurern daselbst). Lippstadt 8.50. Lübeck 59.05. Lundenwalde 8.20. Magdeburg: Straßgelder der organisierten Arbeiter des Stadtgeschäfts der

Allg. Gasgesellschaft 4.25. Magdeburg: Feilenhauer 5.75, Suhlalatureur 25.55. Mannheim 200. Mülhausen i. G. 30 (darunter 24 vom Weihnachtseje). München: Schlosser 68.41, Siebmacher 4.70. Neustadt a. d. Sdt. 10.10. Nordheim 1. Oberursel 28.71. Oelsnitz i. Vogll. 8.40. Offenbach 80 (darunter 7.50 vom Christbaum). Offenburg, Gewerkschafts-factell 60. Oldesloe 56.80. Peine 14. Pirna 15. Plathenow, Brillen- und Pincenezarb. 40.86. Reutlingen 5.50. Reichenheim 4.30. Solingen 18.90. Schönebeck 8.65. Straßburg i. G. 15.85. Stuttgart-Düheim 20. Ulm 30. Velbert 90. Weinheim 12.80. Wiesbaden, Spengler 7. Würzburg 10. Zeitz 18. Summa 27713.98. Hiervon bis zum 21. Januar nach London gesandt 25717.60. Bestand am 31. Januar 1898 2964.21.

Korrespondenzen.

Formier.

Gera, 29. Januar. Die gestern in Beckers Lokal stattgefundene öffentliche Versammlung der Metallarbeiter war sehr gut besucht. Gegenstand der Verhandlungen war der Ausstand der Arbeiter von Brömme u. Viele. Nach Erstattung des Situationsberichts entspann sich eine lebhafteste Diskussion, die darin gipfelte, daß sämtliche Redner ihre Sympathie für die im Ausstand befindlichen Arbeiter aussprachen. Ein Antrag, das Geld, welches von der Formierausperrung übrig geblieben, den ausländischen Arbeitern zu überweisen, wurde angenommen. Ferner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 28. Januar tagende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter erklärt sich mit dem Vorgehen der Arbeiter gegen die Firma Brömme u. Viele solidarisch und verspricht, dieselben nach Kräften zu unterstützen.“ Auch wurde wieder stlage geführt gegen die Geraer Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, indem man den Formiern das Versprochene nicht gegeben hat. Der Direktor sagte zu den Formiern, als selbige sich noch im Ausstand befanden, sie sollten die alten Wohnlöhne erhalten. Daraufhin erklärten die Formier, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber anstatt daß man die alten Wohnlöhne zahlte, machte der Direktor seine Abzüge lustig weiter. Nun, wir werden ja sehen, wie weit er's treiben wird. Wir wollen nur bemerken, daß hinter den Formiern der Deutsche Metallarbeiter-Verband steht, der dieselben unterstützen wird, ebenso auch die Arbeitergesellschaft Geras. Erwähnenswert ist noch, daß die hiesige Zahlstelle des Verbandes einen ganz bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen kann. Auch die genannten Arbeiter der Firma Brömme u. Viele gehören jetzt dem Verbands an — Die Firma Brömme u. Viele, deren sämtliche Arbeiter ausländisch sind, sucht in hiesigen (und auch wohl auswärtigen) Zeitungen, Schloßer, Dreher und sonstige Arbeiter. Die organisierte Arbeiterschaft wird auf diese Angebote nicht hereinfallen. Die Firma mag die billige Forderung der ausländischen Arbeiter erfüllen und sie hat genügend tüchtige und gewaltige Arbeitskräfte wieder zur Verfügung. Kein organisierter Arbeiter darf ausländischen Kollegen dadurch in den Rücken fallen, daß er deren Arbeit übernimmt.

Leipzig-Zindenan. Die bei der Firma Endwig u. Zeu in Großschönauer entstandenen Differenzen sind beigelegt; dagegen ist laut Beschluß der heutigen Formierversammlung über die Gehaltsfrage von Th. A. Frederking in Leipzig-Zindenan die Sperre verhängt worden. Bezug ist daher nach hier zu vermeiden.

Leipzig, Achtung, Metallarbeiter! In der hiesigen Eisengießerei, Firma Th. u. Ad. Frederking, sind Differenzen angebrochen, denen zufolge der Bezug von Formiern streng fernzuhalten ist. Vergleichen von der Eisengießerei (Schmiedebauer Gus) von Ludwig u. Zeu, Leipzig-Großschönauer.

Hilfenberg. In der Metallwarenfabrik von Söblein u. Straß in St. Johannis dahier haben am 2. Februar die Formier die Arbeit wegen Lohnindifferenzen niedergelegt. Der Ausstand wurde jedoch bereits am 3. Februar beendet, da die Forderungen sämtlich bewilligt wurden. Diese Forderungen sind: Bezahlung der früheren Akkordpreise, volle Bezahlung von Akkordarbeiten, die ohne Verschulden des Formiers ausgesetzt werden, Einsetzung einer Kommission, die in zweifelhaften Fällen entscheidet, Bezahlung von 25 Prozent Lohnzuschlag für Akkordarbeiten, die in Ueberstunden gemacht werden.

Offenbach a. M. Im Interesse unserer Verbandskollegen halten wir es für notwendig, einmal die Verhältnisse einer hiesigen Gießerei etwas näher zu beleuchten. Die Gießerei von Voos liegt mehr als eine halbe Stunde vor der Stadt. Die Formier, welche da in Arbeit treten, müssen mit Schander erfüllt werden, wenn sie die Fabrikordnung zu Gesicht bekommen. Sie enthält außer der Festlegung der Arbeitszeit und einiger sonstiger Verhältnisse bloß Strafparagrafen. Fängt ein Formier an zu arbeiten, so muß er die verschiedenen Werkzeuge erst mühsam zusammensuchen. Dies könnte dem Formier gleichgültig sein, wenn er nur, wenn die Woche herum ist, etwas verdient hätte. Es werden im Durchschnitt 30 J pro Stunde bezahlt. Einen Lohn von 40 J erhält zur Zeit nur ein Formier. Herr Voos macht sich nichts daraus, einem geleerten Formier 20 J Stundenlohn anzubieten. Es kann sich kein Formier erlauben, einen Augenblick frei zu atmen, denn es sind der Prinzipale 4 oder 5, welche den ganzen Tag in der Gießerei herumstören. Da kommt es auch vor, daß es heißt: „Wenn Sie nicht mehr arbeiten, können Sie in 14 Tagen gehen.“ Dies Alles scheint jedoch der Firma bis jetzt zu wenig Gewinn gebracht zu haben, denn sie hat seit einiger Zeit ein interessantes Lohnsystem eingeführt. Auf Beschwerde einiger Formier, daß ihr Stundenlohn zu niedrig sei, hatte Herr Voos den Weg gefunden, um dieses System einzuführen. Die Formier bekommen nun ihre Arbeit im Akkord verrechnet und erhalten das, was sie über ihren gewöhnlichen Stundenlohn, welchen die Formier jeden Sonnabend erhalten, verdient haben, am Ende des Monats auszubezahlt. Nun mußte natürlich noch mehr als vorher geschuftet werden und haben es Einzelne so weit gebracht, daß sie nach dem Monat 6, 8 oder gar 10 J Ueberschuß erhielten. Dieselben hatten jedoch auf das Drei- oder Vierfache gerechnet. Ein Formier hatte 4 J in einem Monat herausgeschlagen und beschwerte sich, da ihm dies als zu

wenig erschien, bei der Firma. Dieselbe rechnete nach ihrem Tarif heraus, daß er bei Auszahlung seines Stundenlohnes schon 17 J mehr erhalten habe, als er verdient. Sie hätte ihm somit eine Gratifikation von 21 J überwiesen. Das ist doch gewiß starker Tabak. Es weiß kein Formier, was für ein Stück in Akkord bezahlt wird. Hat ein Formier an einem Stück einen oder zwei Tage gearbeitet, so kommen auf einmal 2 oder 3 andere Formier auf Antrag des Meisters und helfen das Stück fertig machen, ohne daß der Formier darum gefragt wird. In ein paar Stunden oder am andern Tage muß dieser Formier wieder einem andern helfen, und so geht es weiter, bis der Monat herum ist, und ohne daß ein Formier ein Stück Arbeit allein fertig gemacht hat. Auch sind bei 10—15 Formiern nur zwei Hilfsarbeiter vorhanden, so daß die Formier genötigt sind, auch diese gewöhnlichen Arbeiten zu verrichten. Auf eine diesbezügliche Beschwerde wurde den Formiern erklärt: „Es bleibt wie es ist, wenn es nicht paßt, kann gehen.“ Zu alledem kommt nun noch, daß neben der Gießerei eine Wirtschaft ist, welche dem Schmelzergesohn von Voos gehört. Nun wird auch jedem Kollegen klar sein, daß die Formier auf diese Wirtschaft angewiesen sind, erstens weil die Gießerei von der Stadt abgelegen ist und zweitens wegen der Schraube von oben. Damit dem Wirtch kein Pfennig verloren geht, ist auch bestens gesorgt; er hat sein Kukt im Komptoir des Herrn Voos und erhält beim Lohnauszahlen seinen beträchtlichen Teil für abgegebene Speisen und Getränke nach seiner eigenen Rechnung. Damit ist für Herrn Voos die Sache abgethan, es kümmert ihn nicht, ob ein Formier, der verheiratet ist und 4 oder 5 Kinder hat, noch etwas für die Seinigen übrig hat oder nicht, wenn er in die Stadt kommt. Wir hoffen, hiermit den Kollegen darüber die Augen geöffnet zu haben, was ihnen bevorsteht, wenn sie bei der betr. Firma in Arbeit treten. Schließlich bemerken wir, daß dort ein aus dem Verbands ausgeschlossener Formier, namens Gior, arbeitet, welcher die Kollegen aushört, um das Gehörte wieder an den Meister zu bringen.

Wolfenbüttel. Bezug von Formiern nach der Firma G. Brandes u. Co. ist wegen Lohnindifferenzen fernzuhalten.

Klempner.

Chemnitz-Gableng. Am 29. Januar legten 41 Klempner der Firma Herm. Niemann in Gableng die Arbeit nieder, 15 Mann blieben sitzen. Die Ursachen der Arbeitsniederlegung sind folgende: Schon seit mehreren Jahren reduzierte der Werkführer nicht die Akkordpreise und warf diejenigen Kollegen, die sich nicht Alles gefallen ließen, auf's Pfahler. Vor Weihnachten wurde ein neuer Akkord herausgegeben. Die Klempner verlangten 49 J für das Hundert, während nur 39 J geboten wurden. Gleichzeitig sollten andere Akkordpreise herabgesetzt werden. Es gelang damals durch Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Firma eine Einigung herbeizuführen, nach welcher der neue Akkord auf 45 J für's Hundert festgelegt, die übrigen Akkordpreise in ihrer bisherigen Höhe belassen und eine halbständige Arbeitszeitverlängerung am Sonnabend von der Firma zurückgezogen wurde. Bei der letzten Lohnzahlung am 28. Januar erhielten Einige 41, Andere 42, wieder Andere 43 und einige ältere Anschlagmitglieder den vereinbarten Satz von 45 J für's Hundert berechnet. Die von den mit 41 J entlohten Kollegen dem Werkmeister gemachten Vorstellungen wurden von diesem mit den Worten: „Wem's nicht paßt, der kann gehen“, beantwortet. Ebenso blieben die vom Arbeiterausschuß bei Herrn Niemann selbst angebrachten Reklamationen resultatlos. Bestreuer schlug dem Arbeiterausschuß sogar die Thür vor der Nase zu mit den Worten: „Damals habt Ihr durchgedrückt, jetzt will ich einmal durchdrücken.“ Eine ähnliche Aeußerung hatte sein Werkführer schon damals, als die Verhandlungen für die Arbeiter günstig ausgingen, gethan. Während die Arbeiter früher das zum Arbeiten nötige Material in Säcken mit einem Male zum Arbeitsplatz trugen, sind ihnen die Säcke jetzt fortgenommen und von ihnen verlangt worden, das Material in den Händen zu transportieren. Zur Beseitigung all' dieser Mißstände wurden folgende Forderungen gestellt: 1) der Akkordpreis für die neue Laterne beträgt 41 J pro 100 Stück; 2) Weiterbenützung der Säcke zum Transport des Materials zum Arbeitsplatz; 3) Beibehaltung der bisherigen Akkordpreise für alle anderen Artikel; 4) Einstellung sämtlicher Ausständigen. Was die Situation betrifft, so ist dieselbe für die Arbeiter günstig. Die Streikverenz am Orte ist mit Aufträgen versehen, die Firma selbst hat ihren Bedarf für Februar fertig, aber noch nichts für März, der für Lieferung dieses Artikels hauptsächlich in Betracht kommt. Von den 15 in Arbeit gebliebenen Klempnern sind nur 2 eingearbeitet, während die 13 anderen nur zu Gelegenheitsarbeiten verwendete Bauklempner sind, die kaum einen annehmbaren Verdienst auf obige Artikel erzielen dürften. — Bezug ist von der Fahrradfabrikfabrik von Herm. Niemann in Gableng 6. Chemnitz strengstens fern zu halten.

Aus Magdeburg erhalten wir folgende Aufschrift: In Ihrer Nummer vom 18. Dezember berichten Sie, daß die Akkordpreise in unserer Fabrik innerhalb 14 Tagen nur 16 bis 27 J bei 10stündiger Arbeitszeit zu verdienen gestatteten, und warnen Klempner und Metallarbeiter, bei uns einzutreten. Sont unserer Lohnliste beträgt der Verdienst unserer Metallarbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit innerhalb 14 Tagen 70—80 J, der Klempner 40—60 J. Ferner ist es unwar, daß der Chef unserer Fabrik denjenigen Arbeitern, welche ein Gehalt an ihn richteten, den Rücken dreht und pfeifend wieder weggegangen sei.

Heizer u. Flieger.“

Metallarbeiter.

Crimmitschau. Noch nicht lange ist es her, daß wir den Raum dieser Zeitung in Anspruch nehmen mußten und schon wieder sind wir ge... Zustände, welche wohl nicht die besten zu nennen sind, aus der Dampfheizungsanlagen-Fabrik von F. Wagner zu veröffentlichen. Dort klagen die Arbeiter über nicht genügende Ventilation in der Gießerei, was doch entschieden auf die Gesundheit der Arbeiter einwirkt und wäre es doch wünschenswert, daß hier einmal Remedur geschäffen würde. Die Behandlung der Arbeiter durch den Meister ist ebenfalls nicht lobenswert, und was die Löhne anbetrifft, so wurden solche auf ein Niveau herabgesetzt, daß am 24. Januar 5 Schlosser ge-

zungen waren, die Arbeit niederzulegen. Zu bemerken ist, daß in betreffender Fabrik fast kein Arbeiter organisiert ist.

Böhm. (Die Herr Leitner (Berlin) sein Wort hält.) Seider sind wir nochmals gezwungen, den Raum unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen. Wenn wir nach unseren „Angelegenheiten“ in Nr. 2 dieser Zeitung glaubten, Herr Leitner würde, wie er es in Nr. 26 seines Blattes ausdrücklich versichert, uns nun in Sachen Nowak contra Verbändler mit „gläubwürdigen Beweisstücken“ dienen, so war das ein falscher Glaube. Herr Leitner hat jedenfalls die „Beweisstücke“ nicht bei der „Hand gehabt“; oder sollte es ihm gar nicht ernst gewesen sein mit dem „Zeitartikel“. Nun, dem mag sein wie da will, wir wissen schon warum dieses unterließ. Dafür stieß der „alte Lump“ nochmals auf, den Herr Leitner schon in Nr. 26 seines Blattes geschrieben hat. Dieses Geschreibe bedeutet den völligen Rückzug des Herrn Leitner; für ihn ist die Sache erledigt, aber für uns noch nicht. Das Geschriebene hier wiederzugeben, dazu ist uns der Raum unserer Zeitung doch zu kostbar; doch sind einige Stellen drinnen, die wieder nicht der Wahrheit entsprechen. Zunächst gibt Herr Leitner auf indirektem Wege zu, daß klaffenbewusste Arbeiter beschimpft worden sind, will sich jedoch gleich darauf weiswaschen, indem er das selbe Verfahren dem „Vorwärts“, der „Magdeburger Volksstimme“ usw. vorwirft; er läßt sich über diese Blätter wie folgt aus: „Wenn man aber fortwährend die gegnerischen Vereinigungen beschimpft und besudelt, daß man das Papier, auf dem derartige Sachen verzeichnet stehen, sich eckelt anzufassen, was ist in der Ordnung.“ Herr Leitner, wenn es wirklich wahr ist mit dem Eckel, so brauchen Sie gar nicht den „Vorwärts“ oder „Proletarier“ anzufassen, schauen Sie bloß Ihr Käseblättchen an, und es muß Sie eckeln, wenn Sie noch ein Fünftel Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit in sich tragen. Denn um was dreht sich der ganze Streit? Ist ein Gewerksvereiner in einer Döbelner Fabrik von „Verbändlern“ distanziert und hinausgeschickt werden oder nicht? Sie haben diese Frage bejaht, aber bis heute noch keinen Beweis erbracht, wir haben diese Behauptungen jedoch unter Angabe glaubwürdiger Beweisstücke (siehe Berichtigung vom 15. 11. 97) als elende Verleumdung entblößt! — Herr Leitner leistet sich auch einen banalen Witz über meinen Namen, bezeichnet unsere Darlegungen als „Quatsch“, flunkert dann wieder mal und stellt die naive Behauptung auf: „Wir bemerken ausdrücklich, daß wir uns durchaus nicht verpflichtet fühlen, mit drei (?) Mann in Korrespondenz zu treten.“ Zum Schluß bringt H. Leitner noch eine jeder Unterlage entsprechende Verächtlichkeit: „... Da die ganze Sache nur einen Skandal vorstellen soll und wir die Statuten abgeben sollen. Was in der Angelegenheit auch kommen mag, für uns ist dieselbe erledigt.“ — So muß es kommen! Wir werden nun bei passender Gelegenheit die Sache hier am Orte in's rechte Licht stellen. —

Hier Wolke.

Görde i. Westf. Am 23. Januar fand eine Versammlung des D. M. B. statt. In derselben kamen die traurigen Zustände in hiesigen Fabriken zur Sprache, 14 bis 16stündige Arbeitszeit, miserable Lohnverhältnisse usw. Trotzdem halten es die meisten Arbeiter nicht für ihre Pflicht, sich zu organisieren. — Dem Kollegen Gottschalk ist eine Liste vom englischen Maschinenbauerstreik abhandelt gekommen. Die Mitglieder sprachen sich dahin aus, daß die Sache ihre Wichtigkeit hat, da das Geld von Gottschalk abgeliefert ist.

Hals. Das letzte Jahr war für unsere Verwaltungsestelle das günstigste seit ihrem Bestehen. Die Gründung geschah im Jahre 1892 und erreichten wir in der ersten Zeit eine Mitgliederzahl von 45, welche im Laufe der Zeit wieder abgeriet oder ausgetreten waren. Verschiedene öffentliche Versammlungen, welche abgehalten werden sollten, waren so schwach besucht, daß sich die Abhaltung nicht lohnte. 1894/95 war richt' einmal eine Ortsverwaltung zusammenzubringen. Ende 1896 war die Verwaltungsestelle wieder auf 41 Mitglieder gestiegen. Durch rege Agitation, Herausgabe eines Flugblattes und Abhaltung öffentlicher Versammlungen, in welchen hauptsächlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Metallindustrie erörtert wurden, gelang es, die Verwaltungsestelle in den Mittelpunkt der Arbeiterbewegung hiesiger Stadt zu bringen. Die von ihr eingeschlagene Linie brachte uns wesentliche Fortschritte, doch wurden auch andererseits die hiesigen Industriellen auf uns aufmerksam. Zwei von ihnen — Eisengießerei Stübben und Walzwerk Mannstadt u. Komp., machten durch Anschlag bekannt, daß sämtliche Mitglieder der Gewerkschaften entweder austreten oder ihre Entlassung nehmen sollten. Bei Stübben wurden verschiedene Kollegen gewarngelt, eine unpopuläre bedenkliche Maßnahme, weil Herr Stübben als der frommste und christlichste Fabrikant der ganzen Gegend betrachtet wird und derselbe seine gute Meinung durch verschiedene Reisen nach Jerusalem und Rom bezeugt hat. Trotzdem gilt das Wort für die Arbeiter als eines der schärfsten hiesiger Stadt, so daß es hier von sprichwörtlich heißt: „Eis ist rein und fleißig für zwei Mark drauß.“ — Die Ausperrung unseres dortigen Kollegen wurde ungerührt dadurch beantwortet, daß wir die Sperre über die Fabrik verhängten, um in der guten Geschäftszeit die Arbeiter von dort fernzuhalten, was uns auch zum guten Theil gelang. Es ist vorläufig für uns keine Aussicht vorhanden, dort seinen Fuß zu fassen. — Es wurden im verfloßenen Jahre 22 Versammlungen abgehalten, welche theilweise sehr stark besucht waren. Jedoch ließ der Besuch der Mitglieder-versammlungen oftmals viel zu wünschen übrig. Es sind zu dem Bestande von 41 Mitgliedern 191 hinzugekommen, abgegangen sind 69, Bestand am Jahresjahre 1897 180 Mitglieder. Die Einnahmen betragen M. 1033,15. Am 4. Dezember wurde die Bibliothek eröffnet mit einem Bücherbestand von 148 Bänden. Bestand am Jahresjahre 1897 121 Bände. — Seit Oktober haben wir für die Mitglieder, welche in den Werkstätten arbeiten, wo wir keine Vertretung haben, das Eingehen der Beiträge durch Sammler eingeführt. Die Sammlung hat sich gut bewährt und soll in nächster Zeit weiter ausgebaut werden. — Wir erlauben die Kollegen in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern nachlässig für die Vergewisserung unserer Filiale zu sorgen, damit wir am Schluß dieses Jahres einen gleich günstigen Bericht veröffentlichen können.

Hörs-Güldenhal. Zu Anfang des verfloßenen Jahres sah es recht trübe in den Mitglieder-versammlungen hier aus, 4-8 Mann erschienen, bezahlten ihre Beiträge und gingen.

Um die Versammlungen interessant zu machen, und dadurch die Mitglieder zu bewegen, da zu bleiben, hielten Kollegen und befreundete Genossen Vorträge wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Natur. Artikel aus unserer „Met.-Ztg.“ wurden verlesen und diskutiert. Und als etwas Schwung und Energie die Mitglieder erfaßt hatte, zogen wir die Mitglieder der hiesigen Fabriken in unsere Verathung. Der Geist in unseren Versammlungen war jetzt der entsprechende, die Mitgliederzahl stieg. Da wir aber noch zu schwach sind, um gemäß des § 2 Abs. 1 unseres Verbandsstatuts die erforderlichen Schritte vornehmen zu können, so haben wir uns an die Öffentlichkeit gewandt. Nur die „Rheinische Zeitung“ hatte den Muth, unsere, die Arbeiterinteressen zu wahren, weil dieselbe eben eine sozialdemokratische ist. Die Erfolge blieben nicht aus. Der Gewerbeinspektor hielt Revision, wenn auch nach unserer Ansicht recht oberflächlich, in den All-right-Fabrikwerken. Die krassesten Uebelstände wurden beseitigt. Mit den All-right-Fabrikwerken hatten wir uns überhaupt viel zu beschäftigen. Diese Fabrik, mit Arbeitmaschinen vollendeter Technik ausgestattet, kann den Haus nicht voll kriegen. Abzug auf Abzug erfolgt auf Akkord und Lohn. Aufsicht und Behandlung zuchtunwürdigen, Zustände in sanitärer und hygienischer Beziehung jeder Beschreibung spottend. Ueberarbeit und plötzliche Entlassung mangels Arbeit in bunter Reihenfolge. Eine Existenzunsicherheit in vollem Maßstabe. Alle Miß- und Uebelstände hier anzuführen, erlaubt uns der Raum dieses Blattes nicht, die Beihelligen veripären sie ja am eigenen Leibe; hoffentlich schenken sie jetzt der schon so oft erfolgten Mahnung, sich zu organisieren, um den unwürdigen Zuständen entgegenzutreten, Gehör, und kämpfen mit uns, unsere heiligsten Güter zu wahren und zu verteidigen. Was wir hier über die Fabrik-radiabril gesagt haben, trifft in vielen Punkten auf die Zustände in der hiesigen Gießerei von Dyden zu. Nur im puncto Unfallverhütungsvorschriften haben wir dort die größte Klage zu erheben. Und nur dem Individualismus der Formen und Sicherarbeiten ist es zu verdanken, daß solche Uebelstände nicht beseitigt werden. Positively bringt dieses neue Jahr die noch fernstehenden in unsere Reihen. Die Ortsverwaltung hat versprochen, überall die erste zu sein, wo es heißt für die Interessen ihrer Mitglieder einzuspringen. Dafür muß dieselbe aber auch in ihrem Bestreben auf das Thätigste unterstützt werden. Zu wünschen ist noch, da wir im verfloßenen Jahre eine Bibliothek unter großen Opfern errichtet haben, daß dieselbe auch recht fleißig benutzt wird.

Leipzig. Recht erhauliche Zustände scheinen in der Maschinenfabrik von Kiepling u. Co. in Pleßwitz zu herrschen. Lohnkürzungen und Scheltreden einzelner Werkmeister sind auf der Tagesordnung. Es seien hier nur einige Beispiele erwähnt! Ein Dreher, der bereits sechs Jahre dort thätig war, bediente zwei Maschinen. Was er an der einen verdiente, erhielt er voll bezahlt, was er an der zweiten verdiente, wurde ihm nur zu 1/3 bezahlt; 2/3 des Verdienstes an der zweiten Maschine rechnete die Geschäftsleitung einfach sich zu gute. Der Arbeiter hatte so im Durchschnitt 35-45 M. in der Woche verdient. Neuerdings verlangte die Firma von dem Arbeiter, die zweite Maschine ohne Entgelt zu bedienen und wollte ihm einen Wochenlohn von 35 M. geben, das heißt die Hälfte des Lohnes, den der Arbeiter bei guter Leistung an beiden Maschinen verdienen konnte. Als der Arbeiter auf dieses Anerbieten nicht eingehen wollte, wurde ihm geheißen, seinen Akkord fertig zu machen und zu gehen. Einem Wellendreher sind zehn Prozent vom Lohn gekürzt worden. Die Stundenlöhne sind für Dreher 28 und 30 M., nur vier Dreher erhalten den Höchstlohn von 33 M. die Stunde. Die Schläger erhalten 30 M. die Stunde und die Hilfsarbeiter, die Hobel-, Bohr- und Schöpplmaschinen bedienen müssen, erhalten 18-24 M. Stundenlohn. Die Löhne, die eigentlich nicht nach der Leistung der Arbeiter, sondern nach deren Nachgiebigkeit bemessen werden, sowie die rücksichtslose Behandlung der Arbeiter durch einzelne Betriebsführer veranlaßte die Arbeiter, vorige Woche zu einer Werksratsbesprechung zusammenzutreten. Dabei wurden bittere Klagen geführt, und schließlich wählte man eine Kommission, die mit der Fabrikleitung verhandeln und auf Abheilung der Mißstände und Klagenfragen bringen sollte. In diese Kommission war auch der Dreher E. gewählt worden, der bereits sechs Jahre in der Fabrik arbeitet. Als er anderen Tags früh zur Arbeit kam und eine kleine Weile gearbeitet hatte, wurde er von dem Werkmeister Braunschweiger, einem entfernten Verwandten E.'s, wie folgt zur Rede gestellt: „Du Lump, erst habe ich Dir was gelernt, jetzt willst Du mich an den Pranger stellen, ich habe Dir ein paar rein!“ E. wies diese beleidigenden Drohungen zurück und wurde entlassen. Nicht verständig ist die Behandlungsweise dieses Werkmeisters dem Fernstehenden erst, wenn er einen etwas zurückliegenden Aufsicht mit E. herbeiführt. An einem Sonntag ging E. zum Drehermeister und beschwerte sich über die Lohnkürzung, in dessen Stunde auch Braunschweiger anwesend war. Dieser fuhr E. an: „Was willst Du denn hier, zum Saujen hast Du Geld, wenn ich Dich wieder einmal vorne sehe, dann nehme ich ein Latzenstück und haue Dich hinaus!“ Der Dreher E. wurde am auch nicht zu den Verhandlungen der Kommission zugelassen, weil die Geschäftsleitung mit entlassenen Arbeitern nicht verhandelt. Auf Vorhalt der Kommission soll natürlich E. nicht wegen seiner Zugehörigkeit zur Kommission, sondern wegen Selbstdiagnose des Werkmeisters entlassen worden sein. Darauf hat auch ein anderer Arbeiter, der bereits fünf Jahre dort thätig war, die Arbeit wegen der schlechten Behandlung durch den Werkmeister Braunschweiger niedergelegt. Derartige Erbitternisse beizulegen so recht die „Harmonie“ zwischen Arbeitern und Unternehmern. Solche Mißstände werden aber auch so lange bestehen bleiben, es der Arbeiter ermannt hat, daß er sich mit fernstehenden organisieren muß und so gemeinsam sich gegen Uebergriffe schützen kann.

Landschammer. Zugang aller Branchen nach hier ist fernzuhalten.

Münch. Auch wir wollen einmal den Raum der Zeitung in Anspruch nehmen, um ein Bild über die hiesige Zahlstelle zu entwerfen. Am 15. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Es fanden im Jahre 1897 25 Versammlungen im Vereinslokal, 1 in der Stadthalle statt. Am Anfang des Jahres waren es 114 Mitglieder, aufgenommen wurden 140, zugereißt sind 264 unterstützungsbere-

rechtigte Mitglieder, von denen jedoch in Folge der hier herrschenden schlechten Wohnverhältnisse der größte Theil wieder abreiste — insbesondere ist dies im Formen- und Schlossergewerbe der Fall —, so daß der jetzige Mitgliederbestand 196 ist. Die Gesamteinnahme betrug 1427,54 M. An Reisegeld wurden 416,90 M., an Unterstützung für Verheiratete 95 M. ausbezahlt, an die Hauptkasse wurden 574 M. gesandt. Ferner wurden in Folge Sammlungen 65 M. nach Dänemark, 208 M. für England und 60 M. für sonstige Streiks abgesandt. Die örtlichen Ausgaben für Agitation, Inzerate, Bibliothek, Zeitungspostage etc. betragen 323,27 M. Ferner verfügt die Zahlstelle über eine Bibliothek von 145 Bänden, die den Mitgliedern frei zur Verfügung steht. In Anbetracht der schlechten Wohnverhältnisse am hiesigen Plage wäre es Pflicht der reisenden Kollegen, daß sie sich mehr an die Verwaltung wenden, wenn sie um Arbeit unschauen, damit man ihnen frühzeitig eine Richtschnur geben kann. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab: F. Hausmann, Lotharstr. 14, als Bevollmächtigter, Heinrich Dichert, Monbacherstr. 35/10, als Kassierer. Das Verzeichniss-Local ist: Wirtschaft zur „Wanz“, Pfaffenstraße; Herberge: „Stadt Worins“, Rotheopfstraße, wofür jeden Abend von 8-9 Uhr das Reisegeld ausbezahlt wird.

Mühlheim a. M. In der am 23. Januar abgehaltenen Jahresversammlung der hiesigen Zahlstelle des D. M. B. erstattet der Bevollmächtigte Meyer zunächst den Jahresbericht. Derselbe theilte mit, daß die hiesige Verwaltungsestelle im verfloßenen Jahre von 34 Mitgliedern auf 68 gestiegen sei. Dieses liege an der regen Agitation der Kollegen selbst, er hoffe, daß auch im nächsten Jahresbericht dasselbe Resultat zu verzeichnen sei. Sodann berichtete Kollege Gohs über die Kasse. Einnahme: Kassenbestand am 31. Dezember 1896 M. 4,25, für Beiträge und Beitrittsgelder 441, Summa 445,25. Ausgaben: Für Porto und Schreibmaterial M. 6,62, für Agitation 47, an die Hauptkasse eingekandt 310, für die Ortsverwaltung 52, für sonstige Ausgaben 13,12, Summa 433,74. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Jakob Meyer, Bevollmächtigter, Ph. Gohs, Kassierer, Gg. Spahn, Jakob Hilbrandt und Ad. Jos. Duttine, Revisoren. Als Delegirte zum Gewerkschaftskartell wurden Ott, Meyer und Kemmerer gewählt.

Mühlhausen i. G. Die „Chambre Syndicale des ouvriers metalurgues réunis de Nancy“ theilt uns mit, daß sich die Angestellten, sowie die Arbeiter der Firma „Fabius Genrion Elektrizitätswerk“ seit einigen Tagen im Streik befinden. Einige höhere Angestellte befinden sich im Ausland, um deutsche Arbeiter, insbesondere Gläser, anzuwerben. Pflicht jedes Arbeiters ist es, unseren französischen Kollegen zu zeigen, was Solidarität bedeutet. Zugang ist strengstens fernzuhalten!

Nien-Senburg. In der am 2. Januar abgehaltenen außerordentlichen Mitglieder-versammlung fand nach Verlesung der Abrechnung vom 4. Quartal 1897 Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Es wurde E. Lang als Bevollmächtigter, Chr. Banz als Kassierer, R. B. G. Leitner und Ad. Bauer als Revisoren gewählt. — Die hiesige Verwaltungsestelle, welche jetzt ca. 4 Jahre besteht, hat, obwohl hier ca. 400 Metallarbeiter wohnen, noch keine hundert Mitglieder aufzuweisen. Deshalb wurde beschlossen, von nun an jeden ersten Sonntag im Monat eine Mitglieder-versammlung abzuhalten, um nach dieser Versammlung eine gemeinschaftliche Agitationsstour am hiesigen Orte zu unternehmen, damit die indifferenten Kollegen allmählich herangezogen werden.

Oldesloh. Mitglieder-versammlung am 22. Januar. Da die frühere Verwaltung nichts von sich hören ließ, so sind wir verpflichtet, den Raum unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen. Durch rege Agitation einiger Kollegen hier am Ort ist unsere Verwaltungsestelle in kurzer Zeit von 40 auf 90 Mitglieder gestiegen. In der letzten Mitglieder-versammlung, welche sehr gut besucht war, wurden einige Werkstatangelegenheiten debattirt. In der vorhergegangenen Versammlung ist der Beschluß gefaßt worden, die englischen Maschinenbauer weiter zu unterstützen; verpflichtet ist jeder Kollege 25 M. per Woche zu zahlen. — Unsere Mitglieder-versammlungen finden alle 14 Tage im Lokale der Ww. Schlüter statt. Im „Beschiedenen“ wurde beschlossen, ein Vergnügen abzuhalten.

Plauen i. V. Am 22. Januar fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Beim ersten Punkt wurden die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben einer vernichtenden Kritik unterzogen. So berichtet z. B. ein Kollege aus der Bogel-Maschinenfabrik, daß dort ein neuer Betriebsingenieur angeheißt worden ist, und um dessen Gehalt herauszufindeln, ganz einfach Lohnreduktionen vorgenommen werden. Weiter werden noch die Verhältnisse in der Spranger'schen Werkstat zur Sprache gebracht und ausgeführt, daß Herr Spranger seinen Leuten den Besuch der Restauration „Lulpe“ verboten hat. Aber trotzdem haben wir dort nicht einen einzigen Organisirten. Auch wurde auf die genaue Ausfüllung der ausgegebenen Fragebogen aufmerksam gemacht. — Kollege Schlegel wurde als Vertrauensmann einstimmig wiedergewählt.

Potsdam. Am 26. Januar fand hier eine außerordentliche Mitglieder-versammlung des D. M. B. statt, zu welcher auch die Arbeiter der Schlösser'schen Metallwaarenfabrik mittelst Handzettel eingeladen waren. Dieselben waren ziemlich zahlreich erschienen. Kollege Mäther-Berlin referirte über die hiesigen Verhältnisse, hauptsächlich über die der Schlösser'schen Fabrik. Er tabelte die Arbeiter dieser Fabrik wegen ihrer Faulheit und ermahnte sie dringend, sich zu organisieren. Es ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

Riesa a. d. E. Die Lage der Metallarbeiter in Riesa ist eine sehr verbesserungsbedürftige. Die Löhne sind besonders herabgedrückt, so daß ein Auskommen kaum möglich ist. Aber doch stehen namentlich die Verheiratheten der Lohnfrage sehr gleichgültig gegenüber. Wenn man sie nach ihrem Auskommen fragt, da schimpfen sie das Blaue von Oben herunter, aber mit Abhilfe zu schaffen, dazu haben sie „keine Zeit“, sie gehen lieber in Klimbin-Vereine als sich um die Metallarbeiter-versammlungen zu kümmern, wo ihre Lage immer auf der Tagesordnung steht. Auch die Gehilfen der Kleinmeister haben sehr viel Beschwerden, aber sich zu organisieren, dazu haben sie keine Lust. Die Arbeitszeit ist hier durchwegs eine sehr lange. Darum, Metallarbeiter Riesa's, alle diese Dinge können nur durch die Organisation, den D. M. B.,

gezeigt werden, also zögert nicht, ihm beizutreten. Beitritts-
erklärungen nimmt entgegen der Bevollmächtigte Robert
Schreiber, Kastanienstr. 52 und der Kolporteur A. E. Wil-
helmstr. 12. 111.

Stuttgart. Hier fand am 1. Februar eine öffentliche
Metallarbeiterversammlung statt, die von mehr als 300 Per-
sonen besucht war und einen imposanten Verlauf nahm.
Kollege Schlegel-Berlin referierte über: Gibt es eine Har-
monie zwischen Kapital und Arbeit? Redner schilderte die
Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, zeigte bei der
Besprechung der heutigen Produktionsordnung die Empfind-
lichkeit der Unternehmer gegen die Forderungen der Ar-
beiter, die „Entbehrungslohn“ der Kapitalisten und die
Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte. Der Klassen-
gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zwingt die
Arbeiter, auf sich selbst zu bauen und sich eine feste gewerkschaftliche
Organisation zu schaffen, wenn sie eine Verbesserung
ihrer Lage durchsetzen wollen. — Der zweite Punkt
lautete: Kritik der Mißstände bei Sauerbrey.
Hierzu nahm Genosse Hakenholz-Stuttgart das Wort, aus
dessen Ausführungen wir Folgendes hervorheben: Besonders
beliebt bei dieser Firma ist das Sparen an Arbeitskräften.
Noch heute liegt ein Arbeiter an den Folgen eines Unfalles
darnieder, der jedenfalls hätte verhütet werden können, wenn
mehr Hilfskräfte zur Verfügung gestanden hätten. Nach dem
Unglücksfall wurden einige Hilfsarbeiter eingestellt, aber
kürzlich sind erst wieder zwei gekündigt worden, da, wie
angegeben wird, nicht genug Arbeit vorhanden sein soll.
Die Arbeiter sind jedoch der Meinung, daß noch mehr Kräfte
angestellt werden müßten, wenn sie sich nicht übermäßig an-
strengen sollen. Die Verpflichtung der Arbeiter zum Schaden-
ersatz für Fuß zwingt dieselben ebenfalls, sich bis auf's
Äußerste anzustrengen, wenn sie nicht hohe Lohnabzüge er-
leiden wollten. Während die Arbeiter sich geradezu abgeben
müssen, macht man ihnen noch den Vorwurf, sie wären nicht
fleißig genug. An einigen Bestimmungen der Arbeitsord-
nung und des Lehrvertrages der Firma wurde gezeigt, in
welchem unmwürdigen Abhängigkeitsverhältnis sich die Ar-
beiter befinden. Am meisten haben dieselben aber zu leiden
unter der schlechten Behandlung, die ihnen seitens der
Meister zu Teil wird. Dagegen muß energig Stellung
genommen werden durch öffentliche Kritik. Wollen aber die
Arbeiter solche Zustände ganz abseitigen, so müssen sie sich
vollständig der Organisation anschließen, erst dann können sie
den nötigen Druck auf das Unternehmertum ausüben.
Leider verhält sich ein Teil der Sauerbrey'schen Arbeiter
noch gänzlich unsozialistisch; besonders sind es die Dreher,
die lieb' sind bei dem Unternehmer zu spielen suchen und
dabei ihre eigenen Interessen und die Interessen der ge-
samten Arbeiterschaft mit Füßen treten. Die Firma
Sauerbrey sucht sich die unangenehme Kritik vom Hals zu
schaffen; so ist kürzlich der Vorsitzende der hiesigen Zuchtstelle
des Metallarbeiter-Verbandes, der bei S. beschäftigt war,
entlassen worden, trotzdem über seine Arbeit nicht im Ge-
ringsten geklagt wurde. Es wird der Firma jedoch nicht
gelingen, die Kritik zu beseitigen; so lange solche Mißstände
bestehen, werden sie gerügt werden. Von der Firma Sauer-
brey waren 3 Techniker und 2 Meister zu der Versammlung
erschienen; Niemand von ihnen wagte es jedoch, das Wort
zu nehmen, um die gerügten Mißstände zu bestritten. Die
Versammlung dagegen bewies durch lebhaften Beifall, daß
sie mit der Kritik einverstanden war. Von anderen Rednern
wurde noch näher eingegangen auf die Behandlung seitens
der Meister und hingewiesen auf die Zustände auf den
Aborten, die einen eiligen Geruch entwickeln, und in der
Schmiede, die stets voll Rauch sein soll und das Eingreifen
des Fabrik-Injektors verlangt. Der eingetretene Polizeis-
tunde wegen mußten verschiedene Punkte von der Tages-
ordnung abgesetzt und die Versammlung kurz nach 11 Uhr
geschlossen werden. Sie hat gezeigt, daß die Arbeiter nicht
gewillt sind, Verzicht zu leisten auf das Recht der Kritik
und das Recht, sich zur Wahrung ihrer Interessen zu-
sammenzuschließen, trotz aller entgegenstehenden Hindernisse.
Eine Anzahl Kollegen melbten sich während der Versamm-
lung zum Eintritt in den Verband. Es geht auch bei uns
tüchtig vorwärts.

Spremberg. Am 17. Januar fand hier eine öffent-
liche Versammlung der Gewerksvereiner statt, in welcher
Herr Goldschmidt-Berlin über die „Ziele der Gewerksvereine
und ihren Stützen für die Arbeiter“ referierte. Schon bei
der Eröffnung entstand eine Differenz wegen der Bureau-
wahl, die aber die Deutschen von der Harmonie nicht zu-
ließen, sondern vielmehr die Zeitung selbst übernehmen
wollten. Um die Versammlung vor Auflösung zu bewahren,
wurde auf Zureden einiger Genossen darauf verzichtet. Herr
Goldschmidt suchte zuerst die Anwesenden vor der Sozial-
demokratie gewarnt zu machen. Dann „konstatierte“ er, die
Sozialdemokratie sei im steten Abnehmen begriffen, was
daraus zu ersehen sei, daß die Bemühungen, bessere Wohn-
und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zu erzielen, meistens
ipso facto fehlerhaft waren. Sodann suchte er statistisch
nachzuweisen, wie „groß“ der Anhang der Gewerksvereiner
in Deutschland wäre und daß von ihrer Seite aus die Lage
der Arbeiterschaft verbessert würde. Herr Goldschmidt gab
dann zu, daß die Löhne der Arbeiter im Grunde genommen
sehr niedrig wären, aber es ließe sich doch nichts über's
Knie brechen, mit der Zeit würden es die Unternehmer von
selbst einsehen, daß Aenderung nötig sei und die Löhne
von selbst aufbessern. Ueberhaupt solle man nicht gleich mit
Streiks usw. vorgehen, sondern vielmehr darauf bedacht sein,
mit den Unternehmern friedlich zu verhandeln. In der
Diskussion ergab sich zunächst Kollege Manns das Wort. Der-
selbe führte zunächst an, daß von einem Zurückgehen der
Sozialdemokratie gar keine Rede sein könne, vielmehr machte
er den Anwesenden klar, daß die politische sowie die gewerkschaftliche
Organisation im steten Wachsen begriffen seien,
und daß weit eher die Hirsch-Dunder'schen von einem Rück-
gänge sprechen könnten. Wenn der Arbeiter seine Lage ver-
bessern wolle, müsse er sich der modernen Arbeiterbewegung
anschließen, da in der heutigen Gesellschaftsordnung eine
Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gar
nicht stattfinden könne, denn man muß stets den Unter-
nehmern die Forderungen abkämpfen. Redner kritisierte in
drastischer Weise das Verhalten der Hirsch-Dunder'schen bei
Streiks und sonstigen Lohnbewegungen, wobei sie bloß als
Gemeinschuh der ganzen Bewegung zu betrachten seien. Er
führte die Fälle von Gästrow, Metallwaarenfabrik Meißner

in Dresden, Torgelow usw. an, woran die ganze Nieder-
trachtigkeit der Hirsche zu erkennen ist. Nachdem sich noch
verschiedene Redner gegen die Ausführungen des Herrn
Goldschmidt ausgesprochen, wurde die Versammlung unter
stürmlicher Heiterkeit geschlossen. Die Hirsche hatten ihren
Zweck nicht erreicht, denn die Arbeiterschaft von Spremberg
weiß ganz genau, was sie von solchen Elementen zu er-
warten hat.

Stettin-Zentrum. Am 29. Januar fand hier eine
gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt.
Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter
in Stettin-Zentrum sprach Kollege Mañtich-Berlin. Der-
selbe führte in treffender Weise die Lohn- und Arbeitsver-
hältnisse der Metallarbeiter Stettin-Zentrum vor Augen.
Redner wies nach, daß seit dem Jahre 1894 ein riesiger
Aufschwung in der Metallindustrie zu verzeichnen sei. Der
Arbeiter habe bezüglich des Lohnes aber von diesem Auf-
schwung in der Metallindustrie nichts gemerkt, eine Ver-
besserung seiner Lebenslage sei nicht eingetreten. Hieraus
sei so recht die Profftsucht der Unternehmer zu ersehen, von
einer Harmonie zwischen Arbeit und Kapital könne keine
Rede sein. Auf die Verhältnisse von Stettin-Zentrum
näher eingehend, weist Redner statistisch nach, daß von 706
Arbeitern nur 49 organisiert sind, z. B. in der Schamotte-
Fabrik von 242 Arbeitern ganze 3 Mann, in der Blech-
einballagenfabrik von 193 beschäftigten Arbeitern nur 20.
Die letztere sei sogar noch die bestorganisierte Fabrik von den
Betrieben Stettin-Zentrums. Unsere Aufgabe muß es sein,
die Indifferenten der Organisation zuzuführen. Darum müsse
ein jeder Kollege Agitator sein und für den Ausbau unserer
Organisation eintreten, denn nur dann sei es möglich, dem
Unternehmertum einen Damm entgegenzusetzen. Referent
gibt sodann noch Aufklärung über den Torgelower Streik,
übt Kritik an den in der bürgerlichen Presse veröffentlichten
falschen Berichten, sowie an dem Verhalten der Hirsch-
Dunder'schen, die durch ihr Weiterarbeiten an dem noch
nicht beendigten Ausstand Schuld seien. In der Diskussion
sprachen noch die Kollegen Grabein, Schmidt, Feige, Mañ-
tich, Weinert über örtliche Verhältnisse; es wurde die
Werkstelle von Buchner einer scharfen Kritik unterzogen. —
Dann wurde Kollege Seelig als Delegierter zum Gewerks-
chaftstaktell gewählt.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg. D. M.-B. Sektion der Schlosser, Dreher
und Maschinenbauer. Mitgliederversammlung am 18. Jan.
Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab an Einnahme
der Hauptkasse M 974,93, wovon eine Ausgabe in gleicher
Höhe gegenüber stand. Die Lokalkasse hatte Einnahme
M 1016,28, Ausgabe M 760,27. Hieraus erstattet Birner
den Jahresbericht. Gesamteinnahme der Hauptkasse
M 2766,20, der Lokalkasse M 1654,74; Ausgabe der Lokal-
kasse M 1248,73. Bestand der Lokalkasse am Jahres-
schluß M 601. Auf der Volkshaus sind Vorkasse in Höhe von
M 604,37 belegt. Die Verwaltung beantragt, von obiger
Summe M 400 abzuziehen und selbige zur Deckung der auf
die Sektion der Schlosser entfallenden Schulden des Hafnar-
beiterstreiks zu verwenden. Dieser Antrag wird ange-
nommen. Die Gesamtschulden aus Anlaß des Hafnar-
beiterstreiks betragen M 1293,70; bis jetzt sind bezahlt
M 544,70; dazu die von der Versammlung bewilligten
M 400, ergibt zusammen M 944,70. Die Deckung des noch
vorhandenen Restes von M 349 bleibt besonderen Vereinen
vorbehalten. Sitzungen wurden im Ganzen 51
abgehalten. In dieser Zahl sind die engeren, wie die ge-
meinschaftlichen Vorstandssitzungen enthalten. Mitglieder-
bestand am 1. Januar 1897 war 347, neu eingetretene 267,
abgetreten 102, von ausländischen Organisationen 32, macht
in Summa 749. Abgegangen 409; Bestand am Jahres-
schluß 339. Meißner macht bekannt, daß mit dem 1. Januar
der seitens der hiesigen Metallarbeiter, mit Ausschluß der
Klempner, geplante Zusammenschluß der einzelnen Sektionen
sowie der Angestellten zu einem Verwaltungskörper perfekt
geworden ist und dessen Vorstand aus folgenden Kollegen be-
steht: E. Schulz, 1. Vorsitzender; F. Zippel, 2. Vorsitzender;
D. Meißner, 1. Kassierer; Kumpf, 2. Kassierer; Weisiger,
Kunst, Huber und Vivon. — Beim 2. Punkt: „Wahlen“
wurden folgende Mitglieder gewählt: als Vorsitzender: Streu,
Kraab und Fuchs; als stellvertretende: Grebe und Vorenz;
in's Protokoll: Mai, Vorenz und Fuchs; als Bibliothekar:
Hempel; als Zählkontrollente: Vorenz, Mai und Hempel.
Zum 3. Punkt, „Stellvertreter“, erstattet von Grebe, wurde
das Regulatorium vom stellvertretend angenommen. Zum
letzten Punkt: „Finanzielle Angelegenheiten“ wurde her-
vorgehoben, daß in der Maschinenfabrik von Stegler, St. Pauli,
Glasgüßentrage, englische Arbeit verrichtet werden solle;
Birner erklärte dazu, daß ihm allerdings seiner Zeit eine
dementprechende Mitteilung aus Wilhelmshagen zugeing,
daß aber der Sektionsvorstand der Schlosser ein näheres
Eingehen auf die Angelegenheit abgelehnt habe, da die in
dem Schreiben bezeichnete Auskunftsperson nicht zu ermit-
teln war, demnach Recherchen mit Erfolg nicht anzustellen
waren. Zum Schluß erwähnt Birner die Anwesenden, noch
kraftkräftig die englischen Maschinenbauer zu unterstützen.
Der Vorsitzende machte die Anwesenden noch auf das am
12. Februar 1898 bei Pfabe stattfindende Wintervergnügen
aufmerksam und ersucht, dasselbe recht zahlreich zu besuchen.

Feilenhauer.

Pottshappel. Eine öffentliche Feilenarbeiterverfam-
mlung fand am 23. Januar im Deutschen Hause zu Pot-
shappel statt. Die Tagesordnung lautete: Bericht des
Delegierten vom Kongress. Es wurde aber zuerst der Ar-
beitsnachweis besprochen. Dann wurden Werkstellen von
Dresden einer Kritik unterzogen. Herr Meißner Hinte liebt
die Veränderung, denn die Kollegen, welche er in letzter
Zeit eingestellt hat, arbeiten nicht länger als 3—6 Tage
bei ihm, dann kommt es zu Auseinandersetzungen und
Streitigkeiten in Betreff des Lohnes und der Arbeitszeit,
und die Kollegen sind gezwungen, der Werkstatt den Rücken
zu kehren. Herr Hinte bekommt auf diese Weise seine Arbeit
billig gemacht, da er einen Stundenlohn von 28 J bietet
und gleich betont, daß er als Geselle auch nicht mehr er-
halten habe. Leider begehen die Kollegen selbst Fehler, da
sie trotz des Vorvortes noch Umschauen gehen, denn wie Herr
Hinte sich ausgelassen hat, brauchte er überhaupt keinen Ge-
hilfen vom Arbeitsnachweis, denn er brauche nur zu schreiben,

so würden schon welche kommen. Die Kollegen allerorts
werden sich danach zu richten wissen. Weiter wurde er-
wähnt, daß in Dresden Meister vorhanden sind, die eine
sehr große Angst vor organisierten Arbeitern haben, so daß
sie lieber ihre Arbeit außerhalb machen lassen. Es wurde
betont, durch größere Agitation in Sachsen und einen gut
durchgeführten Arbeitsnachweis sei man im Stande, diese
Mißstände zu beseitigen. Wir bitten die Kollegen allerorts,
uns in unserem Streben zu unterstützen. Mehrere Kol-
legen sprachen sich über die Firma B. Weidhose hier aus.
Dasselbst sind zwei am vorjährigen Streik beteiligte Kol-
legen wegen geringfügiger Ursache entlassen worden. Den
Kollegen wird ein Herz gelegt, sich genau nach der unter-
schriebenen Fabrikordnung zu richten. — Hierauf erstattete
Kollege Bolland Bericht vom Kongress. Er legte den Kol-
legen die Verhandlungen in klarer verständlicher Weise dar.
Darauf folgte eine rege Diskussion. Mehrere Kollegen ver-
urteilten scharf das Vorgehen der Hamburger, Berliner
und Braunschweiger Kollegen und betonen, daß es traurig
wäre, in einer solchen Periode des wirtschaftlichen Auf-
schwunges solche Störungen unter den Feilenarbeitern
heranzubringen. Die Kollegen sollten doch bedenken, daß
die Feilenhauer durch die Spinnmaschinen ihrem Untergang
immer mehr entgegengehen und einst ganz verschwinden
werden wie die Nagelschmiede. Darum müssen wir Alles
aufbieten, um eine sichere Stellung einzunehmen, in der wir
geschützt sind gegen die Gefahren, welche die Unternehmer
gegen uns planen, und diese Stütze ist allein der Deutsche
Metallarbeiter-Verband. Er ist im Stande, die Feilen-
hauer über Wasser zu halten, was die Lohnbewegungen am
besten beweisen, und wir rufen allen Kollegen zu: Tretet
dem Verbands bei. Wir mahnen nochmals die Kollegen, in
den erwähnten Städten ihre Lokalorganisation fallen zu
lassen und sich der großen Masse anzuschließen, denn nur
Einigkeit macht stark. — Da es in letzter Zeit wieder vor-
gekommen ist, daß zugereiste Kollegen Umschauen gingen, so
ersuchen wir, dies zu unterlassen und sich an unsere Her-
berge nebst Arbeitsnachweis in Dresden, Flemmingstraße 15,
„Gasthaus zu Bägerburg“ zu wenden, wo alles Nähere zu
erfahren ist. Extrateilgeheft an organisierte Kollegen 75 J.

Vermischtes.

**Protest gegen die Beschränkung des Koalitions-
rechts.** Die Generalkommission gibt in der letzten Nummer
des „Correspondenzblatt“ bekannt, daß in den nächsten Tagen
eine 16 Seiten starke Flugchrift herausgegeben wird, in
welcher die Koalitionsrechtsfrage behandelt wird. Die Flug-
schrift wird auch eine Uebersicht über die im Jahre 1897
auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erfolgten Be-
schränkungen enthalten. Im Anschluß an die Flugchriftver-
breitung sollen Versammlungen stattfinden, in welchen die
Meinung der Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht wird.

Die Generalkommission macht die Gewerkschaftskartelle
und die Gewerkschaftsorganisationen an den Orten, in welchen
keine Kartelle bestehen, auf das Erscheinen der Flugchrift
aufmerksam und ersucht sie dringend, die Verbreitung in
umfangreicher Weise zu besorgen.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieß'
Verlag) ist soeben das 18. Heft des 16. Jahrgangs erschienen.
Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Gemeinrecht. —
Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der
Gesellschaft. Von Eduard Bernstein. — Der Kampf der
Nationalitäten und das Staatsrecht in Oesterreich. Von
Karl Kautsky. — Die Delandz und ein Nichtdeland. Von
Dr. Felice Rossig-Pröschel. — Notizen. Polarland und
Tourenflora. Von Herrn. Polm. Dänische Arbeiter-Nähr-
mittelproduktionsvereine. — Feuilleton: Sodoms Ende
im Lichte geologischer Forschung. Von H. Rommelt.

Von der Geschichte der Deutschen Sozialdemo-
kratie von Franz Mehring (Stuttgart, Dieß Verlag)
ist Heft 27 und 28 erschienen. Aus dem Inhalt heben
wir hervor: Kap. IX. 2. Der Eisenacher Kongress. 3. Die
ersten Fraktionskämpfe. Kap. X. Die Reichsgründung und
die Sozialdemokratie. 1. Sedan, Böden, Versailles. 2. Bis-
marck's Erleuchtung. Kap. XI. Die Hochflut der Willkür.
1. Gründungschwandel und Kulturkampf. 2. Agrar- und
Kathedersozialismus. Kap. XII. Vaskaleaner und Eisenacher.
1. Das Proletariat im Willkürerregnen.

Das komplette Werk wird ca. 36 Lieferungen à 20 J
umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem
wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist. — Alle
Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen ent-
gegen.

Die Arbeiterinnen im Klassenkampf. Anfänge
der Arbeiterinnenbewegung, ihr Gegensatz zur bürgerlichen
Frauenbewegung und ihre nächsten Aufgaben. Von Emma
Jhret. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften
Zurichlands (C. Vegien), Hamburg 6. Preis 20 J. Die
Schrift enthält eine Schilderung der Entwicklung der Ar-
beiterinnenbewegung, wie sie in diesem Zusammenhang bisher
noch nicht gegeben worden ist. Der im Vergleich zu dem
Umfange der Broschüre (4 Bogen) billige Preis ermöglicht
deren Anschaffung allen Frauen und Mädchen des arbeitenden
Volkes und ist zu wünschen, daß die Schrift nicht nur Ver-
breitung findet, sondern dem Aufruf zur Vereinigung von
den Arbeiterinnen Folge geleistet wird.

Briefkasten.

Hätershausen. Nicht geeignet zur Aufnahme.
H. J., Rathenow. Firma unbekannt.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-B.
richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche
Adressen oder Herbergen für den Zeitungsvorstand angeben
zu wollen, welche nicht so vielen Aenderungen unterworfen
sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der
jetzt größer werdenden Auflage würden stabile Adressen
den Zeitungsvorstand wesentlich erleichtern. Ferner ersuchen
wir, alle Aenderungen so zeitig abzugeben, daß wir sie noch
am Dienstag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Wegen des am 12. Februar stattfindenden Vortrages im „Schützenhaus“ fällt unsere Versammlung aus.
Altena. Dienstag, 15. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Christiansen, Blumenstr. 41.
Alt- und Neugersdorf. Sonntag, 13. Febr., Nachm. 3 Uhr, in der „Felsenmühle“.

Leipzig. Bureau und Arbeitsnachweis der Metallarbeiter befinden sich im „Coburger Hof“, Windmühlensstr. 11. In der Woche täglich geöffnet von 9-1 und 4-8 Uhr, Sonntags von 12-1 Uhr.
Mühlhausen i. Th. Vor dem Dreher Herrn. Sachmann aus Hannover, D.-Nr. 185 331, wird gewarnt.
Münchberg. Sonntag, 12. Febr., Abds. 8 Uhr, im Gasthof zur „Weintraube“ Stiftungsfest.

Gestorben.

In Reginz (Schl.) der Schmied Richard Neugebauer, im Alter von 24 Jahren an der Proletariatskrankheit.

Öffentliche Versammlungen.

Jollar. Sonntag, 13. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Saale des Herrn Schlosser zu Mainzlar. Vortrag des Gen. Böckmann-Siegen über: Nutzen und Zweck der Organisation.

Zwickau. Sonntag, 19. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Belvedere“ öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag: Öffentliche Verbandsangelegenheiten.

Vortragstour des Genossen Fr. Schlegel-Berlin. Öffentliche Versammlungen finden statt in:
Erlangen. Sonntag, 12. Februar, Abds. 8 Uhr. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

Härnberg. Sonntag, 13. Febr., Vorm. 10 Uhr, im Bürgeraal. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

Härnberg. Montag, 14. Febr., Abds. 8 Uhr, in den Zentralhallen. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Regenitz. Dienstag, 15. Februar, Abds. 8 Uhr, im Schwarzen Adler. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Regenitz. Mittwoch, 16. Febr., Abds. 8 Uhr, in der Zentralhalle. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

Coburg. Donnerstag, 17. Febr., Abds. 8 Uhr, in der Reichshalle. Unternehmer- und Arbeiterverbände.

Zeulenroda. Sonntag, 19. Februar, Abds. 8 Uhr, bei Ludwig. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

Greiz. Sonntag, 20. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Gera. Montag, 21. Februar, Abds. 8 Uhr. Lokal und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Erfurt. Dienstag, 22. Februar, Abds. 8 Uhr, im „Gambrius“. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Gera. Mittwoch, 23. Febr., Abds. 8 Uhr. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Wismar. Donnerstag, 24. Febr., Abds. 8 Uhr. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Erfurt. Sonntag, 26. Febr., Abds. 8 Uhr. Unternehmer- und Arbeiterverbände.

Schleierhausen. Sonntag, 27. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Schützenhaus. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Wittenberg. Montag, 28. Febr., Abds. 8 Uhr, in der Zentralhalle. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

Leipzig. Dienstag, 1. März, Abds. 8 Uhr, im Restaurant zum „Herrn Blü“. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

Altenburg. Mittwoch, 2. März, Abds. 8 Uhr. Tagesordnung im Lokal.

Leipzig. Donnerstag, 3. März, Abds. 8 Uhr, im „Coburger Hof“, Windmühlensstr. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

Ragnitz. Donnerstag, 10. März, Abds. 8 Uhr. Tagesordnung im Lokal und in nächster Nummer.
Wittenberg. Sonnabend, 12. März, Abds. 8 Uhr. Warum organisieren wir uns?
Jüterbog. Sonntag, 13. März, Nachm. 2 Uhr. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

Privat-Anzeigen.

Ein Feilenhauer auf Mittelforte gesucht.
Wwe. Wilh. Gledmann, Belbert.
Bejocht ein tüchtiger Feilenhauer als erster Arbeiter sofort bei hohem Lohn.

G. Chie Wwe., Hamburg, Glashüttenstr. 111.
2 tüchtige Feilenhauer gesucht. Lohn 38 - 4 pro Stck.
Joh. Copolowsky, Feilenhauerei u. Schleiferei, Trier (Rheinprov.)

Einem soliden Feilenhauergehilfen auf dauernde Arbeit sucht sofort [56] A. Merg, Bamberg.
3 tüchtige Feilenhauer für Schlacht- oder Bastardfeilen gesucht. Carl Fuhr, Feilenfabrik, Offenbach a. M.

Suche sofort 2 tüchtige Feilenhauergehilfen auf dauernde Arbeit.
Josef Caserner, Feilenhauerstr., Eisenach.
1 tüchtiger Gelbziegergehilfe wird bei hohem Lohn sofort gesucht. Adolf Zimmermann, Auerbach i. B., Metallwaarenfabrik mit Motorbetrieb.

Güdt. Feilenhauer auf Schlacht- und Bastardfeilen suchen für dauernde Arbeit [38]
J. Wildschütz & Co., Dörfeldorf, Gneisenaustr. 17.
Ein solider Feilenhauer erhält in meiner Werkstatt mit Gasmotorenbetrieb gegen guten Lohn dauernde Beschäftigung. Reifekosten werden vergütet. Schriftliche Anmeldungen vorher erbeten.
51] G. Hoett, Greifswald i. Pomm.

Einen tüchtigen Feilenhauergehilfen auf große Arbeit sucht bei gutem Lohn
Herw. Baumgart, Guben, R.-L.
Reisegeld wird vergütet. [48]
Meine Herberge, verbunden mit Arbeitsnachweis für Schmiede und Schlosser, habe von der Schönleinstr. nach der Stralauerstr. 48, unweit des Bahnhofes Janowitz-Brücke, verlegt, und empfehle mich allen zureichenden Kollegen.
Berlin. [60] A. Gahn.

Verbindung bringt Nutzen!
Die anerkannt guten, echten Hamburger Lederhosen mittelgrau oder dunkler versendet nach jedem Orte franks gegen Nachnahme wie folgt:

Table with 2 columns: Nr. I extra prima and Nr. II prima. Lists prices for 1, 2, 3, 4 pairs of hose.

Stärkste und sauberste Bearbeitung!
Schrittlänge bitte stets in Centimetern anzugeben.
S. Elias, Bernburg, Versand-Geschäft.

12 Paar festgestriekte Socken, beliebte Farben, verjende für M 3,75. Preisl. frei.
R. Dietz, Strumpfstricker, G. Lenau i. Erzgeb.
6] (Mitgl. d. Textil-Verbandes).

Meine hunderte von Stücken herrlich selbstspielenden Musikwerke von 8, 18, 30 bis 200 M mit Zitherpiel.
bereiten Allen die größte Freude und Unterhaltung. [34]
Versende an Verbandskollegen portofrei überallhin.
Orgeln, Zithern, Harmonikas Klöten usw.
Berlangen Sie Preislisten vom Musikaliengeschäft
H. Ritter, Chemnitz, Bernsbachstr. 8.

Glomke's Städtebuch
für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegekarte von Deutschland u. angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Feinen geb. Preis M 1,60.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von M 1,80 auch in Briefmarken von
5] G. Glomke's Verlag, Bielefeld.

Quittungsmarken,
Kassabanken,
Gautschuktempel,
sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswert
Konrad Müller,
Sachkundig-Leipzig.
4]

Scherer's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter
2. Auflage.
Mit 1 Eisenbahnkarte und zwei Streckenkarten, geb. M 1,50. Ca. 2000 Quittungsmarken z. Eingeführt zur Berechnung des Reisegeldes bei den Gewerkschaften: Brauer, Formier, Fabrikant, Holzgerb. (Verb.) Metzger, Tabakarb., Bergarbeiter, Schlosser, Soudrucker, f. Radfahrer. Zu bez. auch geg. Briefm., z. S. Scherer, Nürnberg, u. a. Buchbinder, u. Kola.